INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2.50 DM

2 DM

Unsere fleischfressende Pflanze hatte sich prächtig bewährt:

ab sofort hatten wir keinen Chef mehr.

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

12. Juli 1990

Nr. 110

Vorwort

Das Wochenende hat die leidige WM auf elende Art beendet. Aber anscheinend hat euch die WM doch sehr in Beschlag genommen, denn unser Briefkasten war ziemlich leer. Das spart euch und uns Zeit und steigert unseren Profit. Aber einige haben ihre Zeit doch noch sinnvoll genutzt und DROSPA geleert, was dort allerdings zu Profitverlusten führt.

Vor einiger Zeit erreichte uns ein Plakat zu Adelheid Streidel, die Oskar Lafontaine in den Hals gestochen hat. Wir haben damit einige Schwierigkeiten. In zwei Texten dazu wird das Plakat zwar noch einmal erläutert, aber auch dabei bleibt es bei einer Interpretation, die sich nur auf Hypothesen stützt, da von ihr selber keine Äußerungen zu der Tat bekannt sind. Und eine Kampagne auf Spekulationen aufzubauen ist etwas gewagt, zumal mit dem Plakat nicht auf die Fragen der Texte eingegangen wird. Deshalb erscheint es uns oberflächlich.

Technix: Über die Modalitäten der Backwarenübergabe machen wir uns Gedanken, wir kommen aber auf jeden Fall darauf zurück. Außerdem stellen wir inzwischen ein gewisses Mißverhältnis zwischen angekündigten und abgegebenen Schweizer-Schokoladenprismata fest, die Gründe bleiben verschwommen.

Nicht vergessen: wir brauchen bereits nächsten Montag die Termine für die Zeit vom 19.7. bis zum 2.8., da die Interim am 26.7. nicht erscheint (ebenfalls am 9.8., 23.8. und 6.9.). Ansonsten alle Texte, Beschwerden, Bestellungen und Termine bis Montag abgeben oder schicken an INTERIM Gneisenaustr.2a 1000 Berlin 61

Ach ja, im Ordner findet ihr das Inhaltsverzeichnis der ersten 100 INTERIMs.

Auch noch im Ordner : 10 Jahre Strafvollzugsgesetz- eine kritische Bilanz der autonomen Selbsthilfegruppe der JVA Tegel und eine Presseerklärung von ihr zum 1 jährigen Bestehen

Inhaltsverzeichnis

2	Vorwort
3-4	Nochmal Lichtenbergdemo
5-7	Häuserkampf
8-9	Prozeßberichte der Roten Hilfe
10-12	Wiederaufnahme der Verfahren gegen Norbert, Bärbel und Thomas
13-16	Diskussionsbeitrag zum antiimp. Widerstand
17	Infos zur Situation in Santa Fu
18-19	Tips zur VS-Akten-Einsicht
20-21	Grüne Atompartei
22-23	Vorschlag für eine Telefonzeitung
24-25	Freiheit für Adelheid Streibel
26-28	diverses, sonstiges und termine

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

EIGENTUMSVORBEHALT
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

NOCHMAL ANTIFA-DEMO IN LICHTENBERG

Bevor wir anfangen: in der letzten Interim (Nr. 108) im Beitrag: "Vopo=Bulle=Schwein...":"Diese Menschen (gemeint sind die DDR-lerInnen) haben nicht über 20 Jahre hinweg die Perfektionierung von Repression in der BRD/WB erlebt." Nein, haben sie wirklich nicht, haben nur wir West-Linken. Richtig! So weit so schlecht, aber: Repression fand und findet nicht nur in der BRD/WB statt, sie ist weltweite Reaktion der Herrschenden auf Opposition, die den status quo von Unterdrückung und Ausbeutung bekämpft. Auch im Osten gab es (gibt es noch?) die Stasi. Also: diese Menschen wissen sehr wohl was Repression ist, sie haben nämlich "ihre eigene"erlebt.
Und noch eine Bemerkung zum gleichen Text. Weiter unten steht da: "...aber wo nehmen wir den Hass auf die Vopos her?" Die Parolen, die auf der Demo skandiert wurden:"Wir haben euch was mitgebracht, Hass...!"und:"Wir kriegen euch alle!" drückten eben nicht unseren Hass auf die Vopos aus, sondern ihre Adressaten befanden sich hinter deren Absperrung: die widerlichen Typen auf und in dem Haus, die mit dem Hitler-Gruß.
Der Angriff auf die Bullensperre war der Versuch, durchzubrechen um an die Häuser heranzukommen. Und die Situation war dieses Mal äußerst günstig für uns: viele entschlossene Leute auf der Straße zusammen (wenn wir die Vermummung und Bewaffnung nicht falsch interpretieren; eben nicht nur mackermäßige Show für das eigene Ego dahinterstand, sondern wirkliche Entschlossenheit), eine in solchen Situationen noch ungeübte und zudem schlecht ausgerüstete Polizeitruppe. Wenn wir durchgekommen wären - und die Möglichkeit bestand - so gehen wir davon aus, daß sichdie Menschen die zum Haus mitkommen wollten sich sehr wohl überlegt hatten, wie sie sich dann verhalten. Daß die Schweine sich in ihrem Haus verbarrikadiert und mit Mollies und Gehwegplatten, Baseballschlägern u.ä. verteidigt hätten, davon konnte jede/r ausgehen. Aber auch mit und in dieser Situation kann mensch noch verantwortungsvoll für sich und alle anderen umgehen.
Noch etwas zu dem Argument, daß ein Angriff auf die Häuser die Situation hier in Berlin (Ost und West) hätte total eskalieren lassen: die Faschos greifen einzelne Menschen, Jugendzentrenund Wohnheime der AusländerInnen schwerbewaffnet und mit Mollies an. Und wenn wir jetzt als Reaktion darauf sie anzugreifen zu versuchen, können wir darin keine Eskalation sehen. Wo ist die Eskalation bei Schwerverletzten und Toten auf unserer Seite? In diesem Zusammenhang sollte der versuchte Angriff gesehen werden. Natürlich: die Faschos wären dadurch nicht verschwunden, das sehen wir auch. Doch hätte es uns aus der totalen Defensive ein Stück weit herausgebracht. Hätte uns und auch den AusländerInnen in dieser Stadt zeitweise mehr Ruhe und auch Aktionsmöglichkeiten gebracht. Denn natürlich ist Antifa-Arbeit immer defensiv, weil sie wie jegliche autonome

Politik immer nur Reaktion auf die Scheiße ist, die hier passiert.

Und seit wann schließen sich die Mitarbeit in Stadtteilinitiativen, die Präsenz auf der Straße bei Demos und Militanz auf der Straße aus? Es war/ist doch die stärke autonomer Politik, hier keine Grenzen zu ziehen sondern jede Form als sinnvoll neben der anderen zu praktizieren. Zudem war die Reaktion außerhalb der Scene auf die Lichtenberg-Demo nicht überall negativ. Uns ist von Jugendlichen (deutschen, türkischen und italienischen) und 'normalen' Taxi-Fahrgästen gesagt worden:"Klasse, endlich machen mal welche richtig 'was dagegen."

Unser Fazit: die Demo warso in Ordnung (wenn auch zu lang, wie einige Fußkranke unter uns meinen). Wir haben massenhafte Präsenz auf der Straße gezeigt, auch wenn wir offensichtlich in der Mobilisierung scene-externe Kreise kaum erreicht haben. Der anschließende Versuch, durchzubrechen zu den Faschos war für viele von ihrer Bestimmung der Demo richtig.

Bleibt nur noch die Frage: warum mußten einige die Vopo-Karren in der engen Straße abfackeln, was uns fast eine Rauchvergiftung eingebracht und sonst gar nichts gebracht hat? Warum fehlte nach dem ersten Versuch die Power und Motivation einen zweiten Anlauf zu wagen?

Einige autonome AntifaschistInnen

LESEINNENBRIEF

Interim,21.Juni, S.17;Volxsport.

Mit einer Menge Wut haben wir die Erklärung "der sanfte Beginn" zum Angriff auf die Weitlingstraße gelesen.

Die Sprache - Worte wie "Nazibrut" - erinnert uns stark an die Sprache der Faschisten. Begriffe wie "Ausmerzen, Ausrotten, Zusammenrotten..." tauchen permanent in ihrem Sprachgebrauch auf. Das ist keine menschliche Sprache, sie ist hart und brutal. Sie ist auch die Sprache der Herrschenden gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen: AusländerInnen, Behinderte, Prostituierte.

Habt ihr euch eigentlich beim Einsetzen der Mollis Gedanken gemacht, daß im Eckhaus und in den benachbarten Häusern Menschen wohnen, die nichts mit den Faschisten zu tun haben? Habt ihr euch überlegt, ob es überhaupt angebracht ist, Menschen - auch wenn es Faschos sind - "auszuräuchern" und nächtlicherweise ein Wohnhaus in Brand zu setzen? Habt ihr euch überlegt, was sich vermittelt,wenn ihr mit Mollis das Faschohaus angreift, zwei Wochen nach ihrem Angriff auf das Tacheles, mit den gleichen Waffen, so als würden wir mit den gleichen Mitteln agieren.

Viele Menschen waren betroffen und sind es immer noch, was die aktuelle Entwicklung der Rechten betrifft und die heute noch nicht absehbaren Folgen. Deswegen finden wir es wichtig, alles was wir jetzt tun, genau zu überlegen und miteinzubeziehen, daß wir nicht der Nabel der Welt sind, uns also immer wieder zu fragen, wie sich unsere Aktionen vermitteln. Sie sollen anderen Mut machen, zum Nachdenken anregen, Solidarität schaffen.

Einmal mehr drohen uns die Entwicklungen zu überrollen. Passen wir auf, daß wir dadurch nicht notwendige Diskussionen unter den Tisch fallen lassen, daß wir uns zu Mitteln drängen lassen, auf deren Konsequenzen wir nicht vorbereitet sind und sie so nicht tragen können.

Trotz aller Kritik an euch und der Aktion finden wir gut, daß ihr offensiv etwas gegen die Faschos gemacht habt. Wichtig finden wir, jetzt weiter gegen sie vorzugehen, mit militanten Aktionen, Demos, Öffentlichkeitsarbeit. Dazu war auch die Demo in Lichtenberg ein weiterer Schritt.

Organisieren wir uns gegen die Faschisten!

DIE ROTEN RAUBMILBEN

Frauen bildet Banden!

Neulich in der Antonstraße ...

Samstag, 7. Juli, vormittags im Wedding:

Mannschaftswagen der Polizei fahren an den leerstehenden Häusern Antonstraße 23 und 24 vor. Gleichzeitig wird der rückwärtige Zugang von der Adolfstraße blockiert.



Was war geschehen?

Mord?

Bombendrohung?

Kindesentführung?

Viel schlimmer :

Die Häuser sollten besetzt werden, um ihren Abriß zu verhindern.

Warum machen Leute so etwas?

Am Freitag, dem 6. Juli sollte nach Monaten systematischer Entmietung der letzte Mieter seine Wohnung verlassen. Jetzt sind die Häuser von der Wohnungsbaugenossenschaft 1892 zum Abriß freigegeben. Nicht weil sie etwa baufällig wären, sondern weil dort ein schöneres, neueres und natürlich teureres Haus gebaut werden soll.
Außerdem würde das Stück Wiese vor den nach hinten versetzten Häusern den optischen Gesamteindruck der Straße schmälern.

Wiedereinmal soll billiger Wohnraum zunichte gemacht werden. Und mit ihm verschwinden auch die Menschen, die sich höhere Mieten nicht leisten können. Was mit ihnen passiert, ist egal. Zumindest dem Senat, Bezirksbürgermeister Spiller und den Bossen von Schering, Karstadt und Siemens, die von einem "sauberen" Bezirk mit zahlungskräftigen Bewohnern träumen.

Dazu sollen schickere, teurere Wohnungen für sogenannte bessere Leute geschaffen werden, die in noch mehr, noch größeren, noch teureren Geschäften ihr Geld lassen. Leute, die sich im Panoramarestaurant eines 14-stöckigen Bürohochhauses, das an der Müllerstraße geplant ist, den Bauch vollschlagen.

Um diesen schönen Schein zu wahren, müssen Menschen, die in dieses Bild nicht passen oder sich nicht anpassen lassen wollen, verschwinden. Notfalls mit Polizeigewalt.

So wird zum Beispiel versucht, das Obdachlosenwohnheim in der Willdenowstraße 15 zu räumen. Auch dieses Haus soll abgerissen werden und einem Profitträchtigeren Neubau Platz machen.

Doch die ehemals Obdachlosen leben inzwischen als Wohngemeinschaft zusammen und wehren sich gemeinsam gegen den Abriß. Mittlerweile ist das Haus auch zum Treffpunkt der Kinder aus der Nachbarschaft geworden und auch andere Besucher sind jederzeit willkommen.



Zum Dienstagmorgen hat sich der Gerichtsvollzieher angekündigt, um den Räumungstitel zu vollstrecken. Deshalb findet ab 8 Uhr ein Nachbarschaftsfrühstück in der "Willde 15" statt.

Auch wir wollen nicht länger in immer teurer werdenden Einzimmer-Wohnklos unser Dasein fristen, sondern mit vielen gemeinsam nach unseren Vorstellungen leben, ohne daß sich Bauspekulanten eine goldene Nase daran verdienen.

Denn ein Dach überm Kopf ist genauso wichtig, wie die Luft zum Atmen. Und die kostet schließlich auch (noch) nichts.

Auch wenn sie diesmal schneller waren:

Heute ist nicht alle Tage,
Wir kommen wieder, keine Frage!

Kein Abriß der Antonstraße 23/24,

Die Willde 15 und alle anderen Häuser denen, die sie brauchen!

AGITARE BENE

Vom 22.05. 90 gab's in Hamburg sehr kurzfristig organisierte Häusertage, wo trotzdem viele Leute aus der Brd, DDR, Holland, Schweiz, Schweden, Dänemark und auch aus Ost- und Westberlin mitdiskutiert haben. In den 3 Tagen haben wir zwar die Diskussionen nur beginnen können, z. B. über die aktuelle und sich ständig verändernde politische Situation in Ost und West, aber was an den Tagen die ganze Zeit klar rüberkam, war das Bedürfnis und die Notwendigkeit, sich untereinander auszutauschen.

Während Diskussionen zwischen Menschen aus Westberliner Häusern haben wir wiederholt festgestellt, dass es hier in Westberlin an Strukturen zwischen einzelnen Häusern mangelt, was wiederum eine Voraussetzung für überregionale Strukturen ist.

Auch über die Situation in besetzten (oder wieder geräumten) Häusern und unsere Strukturen konnten wir uns nur ansatzweise auseinandersetzen (einen Reader mit den Protokollen aus den Arbeitsgruppen gibt 's in 14 Tagen).

Es war ja auch mehr so gedacht, den Austausch unter den Städten anzugehn und eine kontuinierliche Diskussion zu beginnen.
Den Austausch auch deswegen, um der Situation hier etwas entgegenzusetzen und eine Kraft, von dem ständigen reagieren weg, zu entwickeln.
Und überhaupt, die PlanerInnen? von Trevi (Aufstandsbekämpfung) haben bestimmt jahrelang über ihren Plänen gebrütet, höchste Zeit also für uns, etwas zu schaffen, was über den Austausch von Räumungsterminen hinausgeht. Diesen Plänen effektiv etwas entgegenzusetzen kann nur heissen, aus unseren isolierten Gedanken, Gefühlen und Häusern auszubrechen und unseren Widerstand zusammen zu ballen!

Wir haben uns (Menschen aus besetzten Häusern & Initiativen aus Ost + Westberlin) hier in Berlin nochmal zusammengetzt, um zu überlegen, wo wir ansetzen können, um einen real-exsistierenden Austausch zwischen den Häusern hinzubekommen. Bei diesem Treffen war wegen orginasatorischer Fehler nicht jedes besetzte Haus anwesend.
Nichtsdestotrotz wurden Ideen entwickelt :(zunächst der Einfachkeit halber nur für W.berlin.) - Es soll wieder ein Treffen aller besetzten Häuser & Menschen, die sich den Häuserkampf auf ihre Fahnen geschrieben haben, entstehen. Um kontinuierliche Diskussionen zu gewährleisten, halten wir einen 1-wöchentlichen Termin möglichst am selben Wochentag + Uhrzeit für angebracht. Dieses Treffen sollte von Haus zu Haus wechseln. so lernt mensch die Häuser + Menschen, die darin wohnen, kennen.

Das jeweilige Haus, in dem dann ein Treffen stattfindet, könnte inhaltliche Vorarbeit zu einem bestimmten Thema (welches sie diskutieren wollen), leisten etc.

Dann soll das Treffen keine Konkurrenz zu dem schon bestehenden HKplenum sein, was es schon über ein Jahr gibt, aber da wurden am Ende jetzt leider nur noch Termine ausgetauscht und nicht mehr inhaltlich diskutiert. Deswegen haben wir uns gedacht, wir fangen einfach an und sehen dann, wie's läuft. Die Leute, die zum HKplenum gegangen sind, sind natürlich auch angesprochen.

AGITARE BENE

Dann stellen wir uns auch einen Erfahrungsaustausch vor, wo darüber gesprochen wird, welche Erfahrungen mit Verträgen (od. -verhandlungen) gemacht wurden oder inwiefern sich dadurch Strukturen innerhalb der Häuser verändert haben - gibt es schon in anderen Städten - warum nicht auch hier ?! Aber das setzt auch voraus, dass die Diskussionen in die Richtung auch schon in den einzelnen Häusern laufen und kontinuierlich weitergeführt werden.

unseren Widerstand zu bündeln, kann heissen, die einzelnen Teilbereichskämpfe (incl. Häuser) so zu vernetzen, dass jeder Angriff auf ein Haus, einen Teilbereich auch ohne Mobilisierung als ein Angriff gegen alle verstanden wird. Das hat keine Zeit, sprich:es darf da kein Zögern geben- Zeit haben wir allenfalls, uns inhaltlich auseinanderzusetzen. Die brauchen wir, um eine Kontiunität zu entwickeln und die nehmen wir uns auch !!

Wie gesagt, das sind erstmal unsere Ideen, wie oder in welche Richtung die Treffen laufen könnten. Fest steht auf jeden Fall, dass die Treffen immer Donnerstag 19 uhr sind und das nächste Treffen soll nochmal in der Lübbi sein.

Es wäre gut, wenn die einzelnen Gruppen sich schonmal was dazu überlegen oder aber auch erstmal nur erscheinen.

Fast hätten wir's vergessen, gleichzeitig gab's die Idee einer Häuserzeitung für Ost- u. W.berlin, an der sich alle Häuser beteiligen können. Dazu gibt's ein erstes Treffen am Freitag, 13. Juli um 20oo Uhr in der Schreinerstr. 47 (Ostberlin)

einige BesätzerInnen vom Lübbitreffen

" HÄUSER BESETZEN BEDEUTET, DEN KAPITALISTISCHEN PLAN IN DEN VIERTELN ZU ZERSTÖREN. BEDEUTET, KEINE MIETE ZU ZAHLEN, BEDEUTET, DIE KAPIT. SCHUHKARTONSTRUKTUR AUFZUHEBEN. BEDEUTET, KOMMUNEN UND ZENTREN ZU BILDEN, BEDEUTET, DAS DAS GESELLSCHAFTLICHE LEBEN DES STADTTEILS ZU REORGANISIEREN, BEDEUTET, DIE OHNMACHT ZU ÜBERWINDEN. IM BESETZEN DER HÄUSER & IN MIETSTREIKS LIEGT DER ANGELPUNKT FÜR DEN KAMPF GEGEN DAS KAPITAL AUSSERHALB DER FABRIKEN!!!"

(prolet. front in WWA nr. 4 mai 73)

AUS DEM ROTEN HILFE INFO

Diese Seiten sind aus dem ROTE HILFE INFO Nr 6/7 Juli 90 geklaut.
Um euch neugierig zu machen, hier noch das Inhaltsverzeichnis!

PROZESSE 3
Schmücker-Prozeß: Neue Gräber tun sich auf 3
Antifaschist verurteilt 4
Verfahren gegen Antifaschisten eingestellt 6
Unistreikprozeß eingestellt 6
Freispruch im 1. Mai 1989-Prozeß 6
Bundesverwaltungsgericht verweigert Auskunft aus Kriminalakten 7
Ermittlungen gegen Wachbullen 7
VoBo: erste Erzwingungshaft angeordnet 7
"Gnadenerlasse" bei Vobo-Prozessen 8
§129a 8
Nach der Kiefern- nun die Hafenstraße 8
Nach erfolgreicher Revision: Ingrid Strobl auf freiem Fuß 10
30 Monate Knast für Thomas Kilpper 11
Revisionsverfahren gegen Luitgard Hornstein eröffnet 12
Revisionen von Erik Prauß und Andrea Severing verworfen 13
Richtigstellung zu Isabel Jacob 13
REPRESSIONSAPPARAT 13
v. STAHL BEERBT KURT REBMANN 13
Neue Sicherheitsgesetze in Vorbereitung 15
BETRIEB / GEWERKSCHAFTEN 18
Innergewerkschaftliche Demokratie? 18
IGM-Ausschlußverfahren gegen oppositionelle Metaller 18
Verfassungsschutz-Auskünfte an Betriebe geheim 18
Schadensersatz nach "wildem Streik" 19
Arbeitsrecht 19
INTERNATIONALES 21
KurdInnenprozeß: Meineid beim ersten Zeugen? 21
Anklage gegen Iren in allen Punkten zugelassen 22
Prozeßbeginn gegen PFLP-GC im Herbst 23
Zum Hungerstreik der Gefangenen aus GRAPO/PCE(R) 24
KURZMELDUNGEN 25
Gestrichen 25
Keine Doppelbestrafung von Totalverweigerern 25
"In ewigem Gedenken" 25
Freie Fahrt für freie Faschisten 26
Weiteres Urteil zu Bullenkessel 26
Gabriele Tiedemann freigesprochen 27
Unterzeichnung des Schengener Abkommens 27
Prozeßtermine 28

Prozeßhilfe-Konto der ROTEN HILFE WESTBERLIN: R. Stüker, Kto.-Nr.: 240297679
Sparkasse der Stadt Berlin West
Blz.: 10050000

HERAUSGEBER:

ROTE HILFE WESTBERLIN

V.i.S.d.P. und Kontakt: R. Stüker, Rathenowerstr. 61, 1000 Berlin 21, Tel.: 3943294

"Das muß sich jemand ausgedacht haben!"
Schmücker-Prozeß: Neue Gräber tun sich auf

Blatt für Blatt, Akte auf Akte: Immer mehr Details im Wust um die Ermordung Ulrich Schmückers im Juni 1974 werden ausgegraben. Im Mai überschlugen sich die Ereignisse. Im Schmücker Verfahren begann am 7.5., am sechsten Verhandlungstag die Beweisaufnahme. Fünf Tage lang wurde der Justitiar beim Berliner VS, Herr Werder, (den wir bereits im letzten Info vorstellten) zu Fragen der Aktenführung beim VS vernommen. Ungezählte Widersprüche taten sich auf. Der offensichtlich völlig überforderte VS-Mann sorgte zeitweise sogar für Heiterkeit: Auf die wiederholten Nachfragen der Richterin nach Ungereimtheiten der Aktenführung zum VS-Mann Michael Grünhagen schlug Werder schließlich die Hände über den Kopf zusammen und stammelte: **"Ich kann nichts dafür. Das muß sich jemand ausgedacht haben."** - Dem können wir nur zustimmen.

Am ersten Verhandlungstag wurde noch ein weiterer Akt dieses Tollhausdramas eröffnet: Der Verdacht der Verteidigung, daß der Tod Grünhagens 1988 nur vorgetäuscht wurde, um zu verhindern, daß er vor Gericht erscheinen müßte, konnte in keiner Weise entkräftet werden: Eine poplige Sterbeurkunde reichte Richterin Töpperwien nicht aus, denn auch sie wußte: "Es komme doch gelegentlich vor, das der VS Mitarbeiter im Falle ihrer Enttarnung von der Bildfläche verschwinden lasse." - Der Arzt, der bei Grünhagens Tod dabeigewesen sein will, verwickelte sich ebenfalls in Widersprüche: "Grünhagen sei ihm seit 1982 als "Michael Wagner" bekannt gewesen, sagte er aus. Dem widerspricht, daß der damalige Leiter des Berliner VS Natusch nachweislich erst im Frühjahr 1983 Grünhagens Namen in "Wagner" ändern ließ. - Vielleicht wird die Menschheit ja bald zum zweiten Male in ihrer Geschichte eine wundersame Auferstehung zu feiern haben ...



Es kommt aber noch besser. Nichts in diesem Prozeß ist derart skandalös, daß es nicht noch überboten werden könnte: Der parallel zum Prozeß tagende Untersuchungsausschuß des Abgeordnetenhaus vernahm im Mai prominente Zeugen: Die ehemaligen VS-Chefs Natusch und Przytarski, den berüchtigten Staatssekretär Müllenbrock, sowie die beiden V-Männer Hain und Weingraber. Letztere "durften" während einer Audienz, die die Beiden dem Untersuchungsausschuß gnädigerweise gewährten, unter grotesken Sicherheitsbedingungen vernommen werden. Natürlich nicht in Westberlin, sondern in einer Polizeischule in Essen. Die Beiden wurden per Hubschrauber eingeflogen für ihre achtstündigen Vernehmungen, es ist das erste Mal, daß die beiden im Schmücker-Verfahren aussagten. V-Mann Hain hatte sich im Büro des Schwipper-Verteidigers Heinisch eingeschlichen. Alle Details seiner Gespräche mit den Verteidigern im Schmücker-Verfahren seien auf "erhebliches Interesse" beim VS gestoßen. (TSP 24.5.90) Hain plauderte weiter aus, daß er durch einen Verbindungsmann des VS mit Material für eine "harmlose Dynamitattrappe" ausgerüstet worden sei, die er zur Tarnung in der Szene benötigt habe. Hain hat immer noch Kontakt zum VS, er erwartet noch Zahlungen vom VS "zur Absicherung meiner Person". (Taz, 25.5.90)

Volker Weingraber gab sich noch unverschämter. Von fünf Bodygards begleitet, erzählte er wahrlich haarsträubende Geschichten. Am 15.5. hatte Ex-Verfassungsschutzchef Natusch bereits zugegeben, daß der VS bis 1987 eine Million an Weingraber gezahlt hatte, 763 000 DM davon allein im Jahr 1987 (TSP, 16.5.90). Weingraber finanzierte sich damit ein Weingut in der Toskana. Dennoch befand Weingraber in seiner Vernehmung, daß dies einfach zu wenig gewesen sei. Weingraber war derjenige, der nach der Ermordung Schmückers die Mordwaffe übernommen haben will, um sie an seinen V-Mann Führer weiterzugeben, erstmals bestätigte Weingraber dies ausdrücklich. 1979 will Weingraber sich nach Italien zurückgezogen haben. Allerdings war auch dort aktiv. Laut Angaben der TAZ vom 25.5.90, soll Weingraber auf die "Roten Brigaden" angesetzt worden sein, mit dem Ziel, über diesen Umweg Kontakt zur RAF zu bekommen. Im Mai 1978 soll sich Weingraber in Mailand mit Yelko Sousak getroffen haben. Sousak stand ebenfalls über den Agenten Werner Mauss in Kontakt mit dem VS. Sousak bereitete damals maßgeblich die VS-Inszenierung des Anschlages auf die Celler Gefängnismauer vor.

In Berlin sagten vor dem Untersuchungsausschuß der Ex-VS-Chef Przytarski und Müllenbrock aus. Dabei weigerte sich Przytarski, der im ersten Schmükker-Verfahren vor seiner Beförderung zum VS Staatsanwalt war, die Aussage vor laufendem Tonbandgerät zu machen. Müllenbrock, der sich schon immer geschickter aus seinen diversen Skandalen ziehen konnte, sagte hingegen bereitwillig aus.

Die ersten Verhandlungstage und die Vernehmungen von führenden Verantwortlichen machen erneut deutlich, daß der VS bis ins Tiefste in die angeklagte Tat verstrickt ist und rechtswidrigen Einfluß auf das Verfahren nahm. Die Forderung nach der Einstellung des Verfahrens ist aktueller denn je !

Antifaschist verurteilt

Am 31.5 wurde ein türkischer Antifaschist nach zwei Verhandlungstagen vor einem Moabiter Landgericht erneut verurteilt. Ihm wurde vorgeworfen, während eines SEK-Einsatzes anläßlich des REP-Parteitages in der Hasenheide im letzten Jahr eine leere Dose geworfen zu haben.

Seinerzeit war ein etwa 20-köpfiges SEK in die Gegenkundgebung der AntifaschistInnen geprescht. Das SEK stellte sich an der gegenüberliegenden Hauswand auf, der Türke soll dabei aus ca. 1m Entfernung auf nachrückende SEKler geworfen haben. Die beiden SEKler Serutschinsky und Schulz warfen ihn zu Boden und nahmen ihn fest. (Ein Foto der Festnahme war auf dem Titelbild unseres Dezember-Infos abgebildet).

Da die Festnahme nach Ansicht der Umstehenden unbegründet war (immerhin fanden sich jetzt im Prozeß fünf EntlastungszeugInnen, die aussagten, der Türke habe nichts getan außer Zeitungen zu verkaufen) äußerten sie ihren Protest gegen die brutale Festnahme und verlangten die Freilassung und die Dienstnummer der Beamten, die ihnen selbstverständlich mit der Bemerkung: "Verpisst Euch!" verweigert wurde. Ein Hausmeister stellte sodann den Bullen seinen Hausflur zur Verfügung, um eine ungestörte Festnahme zu ermöglichen.

Dem Antifaschisten wurde Landfriedensbruch, schwerer Widerstand und einfacher Widerstand (während der Festnahme) vorgeworfen. Im Dezember wurde er zu neun (!) Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Dagegen legte die Verteidigung Berufung ein. Die beiden SEKler wiederholten getreulich ihre Aussagen, wobei Bulle Schulz eigentlich gar nichts so recht gesehen hatte. Damit es zum Landfriedensbruch reichte, wurde ebenso getreulich von einer "gewalttätigen Menschenmenge" gesprochen, die nichts weniger im Sinn gehabt haben soll, als sich vor den SEK-Kampfmaschinen zu retten, sondern munter Flaschen und Dosen geworfen haben soll. Und das auch noch aus einem Meter Entfernung...



Nun ja. Staatsanwalt Schulz, einer der kleineren Lichter der alten P-Abteilung, legte sich auf seinem gewohnten Niveau noch einmal richtig ins Zeug, sprach im Stile von Krankenkassenvertretern (oder Tarifverhandlungen) von einer "Solidargemeinschaft der Gewalttäter" und forderte, das erstinstanzliche Urteil zu bestätigen. Wenn die Bullen die Wahrheit gesagt haben, können die EntlastungszeugInnen folglich nur gelogen haben. Aufgrund dieser Logik stand bereits im ersten Urteil, daß einer der Entlastungszeugen gelogen habe. Schulz drohte nun auch einer zweiten Zeugin die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wg "uneidlicher Falschaussage" an.

Die Verteidigerin forderte ungebrochen Freispruch, hilfsweise eine Geld-

strafe. Laut Polizeiprotokoll seien zum Zeitpunkt der Festnahme noch keine Gewalttätigkeiten vorgekommen, vielmehr liege der Schluß nahe, daß diese erst durch die Festnahme provoziert worden seien.

Richter Lutter, Vorsitzender der 17. Strafkammer, sonst bekannt als ein freundlicher Mensch, der dann beim Urteil den Hammer auspackt, verurteilte zwar wg "Landfriedensbruch", senkte aber das Urteil auf 30 Tagessätze a 50 DM.

Verfahren gegen Antifaschisten eingestellt

Der türkische Antifaschist F.Y. wurde von der Staatsanwaltschaft der zweifachen schweren Körperverletzung und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt. Der Bulle, der die Anzeige wegen Widerstandes gestellt hatte, war im Urlaub, sodaß zwei Kollegen aussagen mußten. Beide hatten nur etwas gehört und nicht gesehen, hätten aber zumindest Zeuge der Körperverletzung sein müssen. Danach wurde der Zeuge W. Heller, "Funktionsträger" bei den REPs, angehört. Nun begann der Unterhaltungswert des Prozesses stark anzusteigen. Heller zitierte alle Vorurteile gegen DemonstrantInnen, er nannte sie "Chaoten". Sodann belehrte er den Richter, was er ihn zu fragen hätte und gab zu, daß REPs die AntifaschistInnen als "langhaarige Arschficker" bezeichnet hatten usw.. Heller weigerte sich nun noch, eine Skizze anzufertigen, erst nachdem ihm Anwalt, Staatsanwalt und Richter überzeugten, daß er dies tun muß, zeichnete Heller. Der Richter war nun völlig genervt, die Staatsanwältin hatte schon längst resigniert, so daß ein symbolisches Bußgeld von 100 DM an "Greenpeace" herauskam.

Unistreikprozeß eingestellt

Am 15.6 wurde vor dem Amtsgericht Tiergarten ein Prozeß wg. "Nötigung" eingestellt. Ein Student war angeklagt, während des Unistreiks im Januar 1989 für zwei Minuten mit ca 40 weiteren StudentInnen die Clayallee blockiert zu haben. Etwa zwanzig Autofahrer wurden an der Weiterfahrt gehindert, bis die Bullen geräumt hatten. Der Richter führte nun im Prozeß aus, daß das Recht auf freien Fahrzeugverkehr sich nicht mit dem Grundrecht der Demonstrationsfreiheit messen könne, zumal nicht bei einer so kurzen Störung. Im übrigen seien die Anliegen der StudentInnen gerechtfertigt gewesen. Mit Zustimmung des Staatsanwalts wurde das Verfahren eingestellt, wobei der Student seinen Anwalt bezahlen muß.

Freispruch im 1. Mai 1989-Prozeß

Aufgrund heftiger Erinnerungslücken der Bullen wurde Anfang Juni Christoph vom Vorwurf des "Landfriedensbruches" freigesprochen. Christoph soll gegen halb acht zwischen 200 Vermummten gestanden haben und in der Skalitzer Straße einen Gegenstand auf eine Polizeiwanne geworfen haben. Ein Bulle der dabei gesehen haben wollte, daß Christoph ein Mickey-Maus-Hemd und eine kurze Hose trug, mußte vor Gericht zugeben, daß er die Kleidung erst bei der Festnahme bemerkt hatte. Daraufhin beantragte Staatsanwältin Freese Freispruch, den Richterin Eichstädt auch aussprach.

Bundesverwaltungsgericht verweigert Auskunft aus Kriminalakten

Vor nunmehr zehn Jahren beantragte die Journalistin Gabriele Weber Datenauskunft vom Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz und vor acht Jahren vom Berliner Polizeipräsidenten. Zuvor hatte Frau Weber vom SFB keine Aufträge mehr erhalten. Frau Weber hegte deshalb den Verdacht, daß der VS und die Polizei dem SFB belastende amtliche Hinweise gegeben haben könnte.

In einem Grundsatzurteil von Anfang Mai verweigerte das Bundesverwaltungsgericht Berlin die Auskunft aus der Kriminalakte. Das BVerwG verwies in seiner Entscheidung auf das "Volkszählungsurteil" des Bundesverfassungsgerichtes, nach dem die Bundesregierung das Volkszählungsgesetz überarbeiten mußte. Das in dem BVerfG-Urteil entwickelte Recht auf "informationelle Selbstbestimmung des einzelnen" gebe "kein Recht auf uneingeschränkte Herrschaft über seine Daten." Dies gelte insbesondere für Daten, die den Bereich der Verbrechensbekämpfung beträfen, hier bestehe ein besonderes "staatliches Geheimhaltungsbedürfnis" (Az.: BVerwG 1 C 29.86) (TSP. 3.5.90) Wenige Tage später wies derselbe Senat auch die Klage gegen den VS zurück. (Az.: 1 C 42.83)

Innensenator Pätzold kündigte daraufhin eine Veränderung der Rechtslage dahingehend an, daß es "allgemeine Auskunftsverweigerungen aus Polizei- und Verfassungsschutzakten nicht mehr geben " solle. (TSP 10.5.90) Seit vorigem Jahr erteilt der Berliner VS bereits Auskunft über seine gespeicherten Akten, bis November sollen von 272 auskunftsbegehrenden Bürgern bisher 136 eine Antwort erhalten.



Ermittlungen gegen Wachbullen

Zur Zeit läuft gegen zwei Wachbullen aus der Kruppstraße ein Ermittlungsverfahren wegen Mißhandlung eines Abschiebehäftlings. Der Ungar war am 4. April ohne Papiere festgenommen worden und in Abschiebehaft genommen. Vier weitere Abschiebehäftlinge beschuldigen die beiden Bullen, den Ungar mißhandelt zu haben. Der Ungar mußte ins Haftkrankenhaus eingeliefert werden. Die Wachbullen verweigern die Aussage. (TSP, 10.5.90)

VoBo: erste Erzwingungshaft angeordnet

Drei Jahre Volkszählungsboykott, und die Verfolgung der BoykotteurInnen ist immer noch nicht zu Ende. Obwohl in Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein bereits seit langem keine BoykotteurInnen mehr belästigt werden, obwohl im November 1989 in Berlin die Bußgelder per "Gnadenerlaß" gesenkt oder gar aufgehoben wurden (s. RH-Info 12/89), sind am 24.5. in Moabit die ersten "Erzwingungshaftstrafen" für Zahlungsunwillige angeordnet worden. Immer noch finden fast täglich Bußgeldverfahren statt.

Zeitungsnachlese / Tagesspitzel

Brandanschlag auf Container der Deutschen Bank in Ost-Berlin

Sachschaden in noch unbekannter Höhe ist in der Nacht zu Sonntag bei einem Brandanschlag auf einen Container der Deutschen Bank in Ost-Berlin entstanden. Offenbar durch einen Entlüftungsstutzen hatten Unbekannte einen Brandsatz in den Bankcontainer an der Greifswalder Ecke Storkower Straße im Bezirk Prenzlauer Berg geworfen.

Der Tresor sei unversehrt geblieben, das Inventar allerdings sei weitgehend vernichtet worden, hieß es. Nach Mitteilung der Ost-Berliner Polizei wurden in der unmittelbaren Umgebung des Containers Flublätter einer linksradikalen „Revolutionären Zelle" gefunden, in denen diese sich des Anschlages bezichtigte. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. (Tsp)

Nach Ausschreitungen in Kreuzberg 22 Festnahmen

Nach Ausschreitungen in Kreuzberg, die nach Auskunft der Polizei nicht mit dem Fußball-Weltmeisterschaftsendspiel in Zusammenhang standen, sind am Sonntag abend in Kreuzberg 22 Personen festgenommen worden. Vermummte hatten gegen 21 Uhr 40 an der Wrangelstraße die Scheiben eines Drogeriemarktes eingeschlagen und die Auslagen geplündert.

In Flugblättern, die in der Drogerie gefunden worden sind, hieß es, die Beschäftigten der Kette erstatteten bei jedem Ladendiebstahl Anzeige. Die Flugblätter enden mit dem Aufruf: „Jetzt wird geplündert". (Tsp)



An die demokratische Öffentlichkeit

Wiederaufnahme der Verfahren gegen Norbert, Bärbel und Thomas

Die Duisburger Bärbel, Nobert und Thomas wurden '88 vor dem OLG Düsseldorf wegen eines Sprengsstoffanschlages verurteilt.

Nach der Sommerpause wird vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf der Revisionsprozeß gegen Bärbel, Nobert und Thomas stattfinden. Ein genauer Termin steht noch nicht fest.

Wer sind die drei?

Bärbel, Nobert, und Thomas lebten bis zu ihrer Verhaftung in Duisburg. Bärbel und Nobert zusammen mit ihren beiden Kindern. Seit ihrer Verhaftung sitzen sie in verschiedenen Knästen in Einzelisolation.

In der Duisburger Linken sind sie durch ihre jahrelange Arbeit in der Anti-Akw-Bewgung, Anti-Militarismusgruppe, Häuserkampf, Betriebsgruppe und internationale Solidarität bekannt.

In diesen Bewegungen machten sie immer wieder die Erfahrung, wie der Staat mit Repression versucht Bewegungen zu spalten und zu kriminalisieren. Die härteste Form staatlicher Einschüchterung ist die Isolationshaft. Deshalb haben sie seit dem Hungerstreik 84 / 85 für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen gekämpft. Sie suchten auch die direkte Auseinandersetzung mit den politischen Gefangenen. Dabei ging es selbstverständlich nicht nur um die Haftbedingungen, sondern auch um die politischen Vorstellungen der Gefangenen. Darum haben Bärbel und Thomas Sieglinde Hoffmann (Gefangene aus der RAF) geschrieben und sie besucht.

Doch Solidarität mit den politischen Gefangenen soll nicht sein. Der Staat tut alles, um sie nicht nur im Knast zu isolieren, sondern auch gegenüber der Linken. Wer, sich nicht an dieser Isolation hält, den versucht der Staat selbst zu kriminalisieren. So finden sich Bärbel, Nobert und Thomas heute im Knast wieder. Doch auch im Knast halten sie weiter an ihren Zielen fest. Nun selber direkt von der Isolationshaft betroffen, kämpfen sie zusammen mit den anderen politischen Gefangenen für ihre Zusammenlegung in große Gruppen und haben sich auch an dem Hungerstreik im Frühjahr 1989 beteiligt.

Die Verhaftung

Im Sommer 1986 fanden in Duisburg wegen eines Brandanschlages auf ein RWE-Büro Durchsuchungen in 7 Wohnungen und dem Infoladen Zündstoff statt.

Während der Durchsuchungen wurden kiloweise Informations- und Diskussionsmaterial beschlagnahmt. Dabei wurde auch angeblich die Fotokopie eines Bekennerschreibens zu einem Anschlag auf eine BGS Kaserne beschlagnahmt. Dieses fotokopierte Bekennerschreiben diente als Grundlage um Bärbel und Nobert zu verhaften. Ihnen wurde wegen des Bekennerschreibens der Anschlag zur Last gelegt.

Dabei wissen Polizei und Gerichte, daß in der linken Szene Bekennerschreiben gelesen und verbreitet werden.

Bei Thomas war dann auch dem zuständigen Duisburger Haftrichter die Grundlage für einen Haftbefehl zu dürftig. Als dieser ihn rauslassen wollte, zog der Staatsanwalt den Haftprüfungstermin kur-zerhand zurück. Um die Zu-ständigkeit des Gerichtes zu ändern wurde Thomas flugs zum Mitglied einer terro-ristischen Vereinigung er-klärt. Damit ist automatisch der Bundesgerichtshof in Karlsruhe zuständig. Thomas wurde mit dem Hubschrauber nach Karlsruhe verschleppt. Dort erließ ein Haftrichter des BGHs dann den vom Staatsanwalt gewünchten Haftbefehl.

Einen Stadtplan von Bonn mit angekreuzter US-Botschaft wurde zum Anschlagsziel erklärt, und in der Presse groß rausgebracht. Ein Feuerlöscher wurde zur Bombe erklärt. Später mußte die Bundesanwaltschaft (BAW) zugegeben, daß es sich bei der Kennzeichnung der US-Botschaft nur um eine Demonstationsroute handelte. Doch diese Episode zeigt die Denkweise bei der BAW, weil die drei "Terroristen" sind, wird eine Kennzeichnung im Stadtplan zum Anschlagsziel. Es obliegt den Angeklagten solche abstrusen Verdächtigungen zu wiederlegen.

Im normalen Strafprozeß muß aus Indizien schlüssig der Tatverdacht nachgewiesen werden. Hier ist es umgekehrt: die drei sind von vorneherein "Terroristen," im Lichte dieser Deutung wird alles zum Indiz gegen sie.

Allen dreien wurde nun die Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129 a)

und die Ausführung eines Sprengstoffanschlages (§ 311) auf eine BGS-Kaserne in Swisttal-Heimerzheim am 11. 8.86 bei Bonn vorgeworfen.

Bei der Durchsuchung des Dachbodens, in dem Haus, wo Thomas wohnte, wurden Gummihandschuhe gefunden mit Spuren von Chlorat. Im Urteil heißt es dazu: *"Der Angeklagte Thoene beteiligte sich arbeitsteilig an der Tatvorbereitung dadurch, daß er das zur Explosion gebrachte Gemisch aus Natrium-Chlorat und Zucker in den Sprengkörpern herstellte. Auf dem Dachboden hatte er, in einer Sporttasche versteckt, die 5 Haushaltshandschuhe verwahrt. An diesen Handschuhen befanden sich Anhaftungen ... die größtenteils mit Wasser abgewaschen waren. Mit dem Elektronen-mikroskop war jedoch Chlorat nachweisbar. Die Annahme, daß sich an den Handschuhen vor ihrer Säuberung mit Wasser die spezielle Chloratverbindung: Natriumchlorat befunden hat ist keineswegs auszuschließen."* Was hier als Annahme für die Beteiligung für den Sprengstoffanschlag dargestellt wird, beweist, daß die Richter Thomas Thöne von vorneherein für einen Terroisten halten. Denn in jeder Chemieprüfung würden sie mit ihrer Annahme herausfliegen, NatriumClorat ließe sich mit Wasser so abwaschen, daß nur Chlorat überbleibt und kein Natrium.Wäre an den Handschuhen wirklich Natriumchlorat gewesen, dann hätte auch Natrium nachweisbar sein müssen. Doch das ließ sich nicht einmal mit dem Elektronenmikroskop nachweisen. Also hätte der Befund eine eindeutige Entlastung für Thomas T. sein müssen.

Von dieser Qualität sind auch die anderen Beweise gegen die drei. 7 Monate später wird in den Zusammenhang mit dem Verfahren Thomas R. verhaftet. Er soll mit weiteren *'Unbekannten'* die terroristische Vereinigung weitergeführt haben und mit Thomas T. zusammen die Lebensumstände des Direktors des Fraunhoferinstitut in Aachen ausspioniert haben.

Der Prozeß-verlauf

Am 18.5.88 begann der Prozeß gegen die DuisburgerInnen vor dem 5.Strafsenat vor dem OLG-Düsseldorf.

Alle Anträge der Verteidigung wurden abgelehnt. Die Unglaubwürdigkeit, Widersprüchlichkeit von Belastungszeugen wurde ignoriert oder vom Vorsitzenden des Gericht passend zurecht interpretiert. Selbst in einem Artikel der NRZ vom 30.12.88 hieß es: *"Die Anklage der Bundesanwälte stützt sich überwiegend auf die Aussage von Zeugen. Deren Vernehmung förderte eine Reihe von Widersprüchen zutage. Nicht alles läßt sich mit dem Hinweis mit dem mit der Zeit nachlassenden Gedächtniß von Zeugen befriedigend erklären. Auch Ermittler litten an Black Outs."* Einer Zeugin die eine Frau bei der Grenzschutzkaserne gesehen haben will, wurde am 17. August 86 eine Lichtbildmappe zur Identifizierung vorgelegt. Unter Spur 56 heißt es: Frau S. glaubte ... die Person wiederzuerkennen.

Schwer war es nicht; die Mappe, so zeigte sich in der Verhandlung enthielt Fotos von 21 Personen, aber nur 5 Bilder von Frauen. Drei davon zeigen die dunkelblonde Bärbel. In einem normalen Verfahren wäre diese suggestive Präsentation nicht apzektiert worden.

Eine Bankangestellte aus Aachen verwechselte in Vernehmungen, den von ihr zunächst identifizierten Thomas R mit einen Bankkunden mit gleichen Namen, sowie mit dem 16 jahre älteren Norbert H.

Auch die Tatsache, daß Thomas R indem ihn zur Zeit gelegten Zeitraum nachweisbar in Duisburg gearbeitet hat und daher nicht die Lebensumstände des Leiter des Fraunhoferinstitut ausgespäht haben kann, ignorierte das Gericht.

Das eine Zeugin aussagte, sie habe eine verdächtige Frau beobachtet, die <u>deutlich</u> kleiner war als sie selbst, änderte nichts an der Überzeugung des Gerichtes, daß es sich um Bärbel gehandelt haben müsse, obwohl diese gleichgroß mit der Zeugin ist.

Ein großer Teil der Konstruktion gegen die DuisburgerInnen besteht aus manipulierten Gesprächsprotokollen des LKAs von Thomas und Bärbels Besuchen bei Sieglinde (Gefangene aus der RAF), in denen sie die beiden angeworben haben soll.

Eine Umarmung wird zu einer geheimen Botschaftsübermittlung. Eine Postkarte von Thomas, wo er bestätigt bestellte Bücher abgeschickt zu haben, mit den Worten:"Ansonsten alles klar", wird zur Bestätigung einen Anschlag ausgeführt zu haben.

Hier wird nach dem Prinzip verfahren, wer gefangene RAF-Mitglieder besucht und sich mit ihnen ernsthaft auseinadersetzt, kann selbst nur"Terrorist" sein. Mit dieser Methode der **Kontaktschuld** soll die Isolation erzwungen werden. Die Behauptung RAF-Mitglieder würden Anschläge aus dem Knast steuen bedarf keines kommentars. Sie wird seit Jahrzehnten aufgestellt und dies bei den bestbewachtesten und bespitzelten Gefangenen in BRD-Knästen.

Das Urteil in diesem Verfahren stand tatsächlich während der Dauer der Hauptverhandlung von vorneherein fest. Durch das Vorlesen zahlreicher Zitate

aus den bei den Hausdurchsuchungen beschlagnahmten Materialien und Protokollen der Besuchsüberwachung wurde während der Hauptverhandlung die politische Gesinnung der vier Angeklagten herausgestellt und später auch verurteilt. Exakt des gleichen Verfahrens bediente sich der Vorsitzende Richter Arendt, indem Prozeß gegen Ingrid Strobl. Eines der Hauptgründe für ihre Verurteilung war ihre Nähe zu den Revolutionären Zellen. Diese Nähe wurde belegt durch Zeitungsartikel, die Ingrid Strobel zu anschlags-relevanten Themen geschrie-ben hatte. Wer solche Artikel schreibt, kann einen Wecker nur noch für einen Bombenanschlag kaufen. Von der tatsächlichen oder vermeintlichen Gesinnung aus wird die Tat konstruiert. Das es sich bei den Beschuldigten, um Terroristen handelt, steht schon vor jeden Beweis fest. Der Prozeß dient dann nur noch der Bestätigung dieses Vorabwissen.

Bei diesem Prozeß ging es obendrein darum der Öffentlichkeit unbedingt einen Fahndungserfolg zu servieren, als Reaktion auf die stark zunehmenden Anschläge 85 / 86.

Das Urteil

Am 20.1.89 wurde Nobert zu 10 Jahren, Bärbelund Thomas zu 9, und Thomas R. zu 4 Jahren Knast verurteilt. Thomas R ist als einziger nach dem alten 129 a verurteilt worden. Mittlerweile ist Thomas R Ende 89 entlassen worden.

In der Urteilsbegründung offenbarte sich ein weiteres mal ihr Haß und ihre Wut darüber, daß sich die Gefangenen nicht von ihren politischen Vorstellungen distanzierten. Aus der Urteilsbegründung: *"Die intellektuell unterbemittelten Statesment der Angeklagten und ihre bis zum Erbrechen wiederholten Schlagworte hätten gezeigt, daß ihnen der Blick auf die Wirklichkeit durch eine Bretterwand verstellt sei ... Uneinsichtig, verblendet, unnachgiebig*
Der propagierte Flächenbrand kann von der Exekutive allemal noch mit der Fliegenpatsche ausgeschlagen werden."

Ein Richter, der sich so über Angeklagte äußert, beweist seine totale Befangenheit.

Der Revisionsprozeß

Der Vorsitzende Richter Arendt ging in seinem Haß gegen die Angeklagten soweit, ihre Erklärungen während des Prozesses, als Beweis für andauernde Mitglied-schaft in der RAF selbst im Knast zu werten. Damit ver-suchte er nicht nur jegliche politische Verteidigung zu kriminalisieren, sondern er konnte sie so auch nach dem deutlich verschärten neuen 129 a verurteilen, der erst währen der Haft der Angeklagten in Kraft getreten war.

Der BGH hat in der Revision *"die Raf-Mitgliedschaft"*, sowie den Anschlag auf die Kaserne in Swisttal-Heimerzheim als Mittäter abgesegnet. Das pauschale Kriminalisieren der Prozeßerklärungen war der einzige Punkt der dem BGH in dieser Form zu weit ging. Er verwies diesen Punkt an das OLG zurück mit der Aufforderung, entweder zu beweisen, daß es sich hier nicht um Prozeßerklärungen gehandelt hat, sondern Aufrufe der RAf, oder aber die Sache fallen zu lassen. An dem Strafmaß wird diese Revisionsverhandlung aber kaum etwas ändern. Hier geht es im wesentlichen, um ein Detail, daß den schönen rechtstaatlichen Schein doch zu sehr stört.

Wiederaufnahme der Verfahren

Das OLG hat seine Urteile gesprochen ohne einen tatsächlichen Nachweis für seine Anklagevorwürfe zu erbringen. Auch die Revisionsentscheidung des BGHs stellt dies nicht in Frage.

Aufgrund von Einschüchterung, Fehlern und politischen Widersprüchen haben wir es damals nicht geschafft eine größere Öffentlichkeit und damit mehr Druck herzustellen um den Prozeß zum Kippen zu bringen.

Wir wollen jetzt unter besseren Öffentlichen Bedingungen versuchen den Angriff des Staatsschutz zu Fall zu bringen und unsere Lebens- und Diskussionszusammenhänge zu verteidigen gegen ihre Kriminalisierung.

Wir stellen jetzt die Forderung nach Wiederaufnahme des Verfahrens auf als konkreten Schritt uns gegen den Angriff des Staates zur Wehr zu setzen.

Uns war es wichtig möglichst schnell was zum anstehenden Revisionsverfahren zu schreiben, um einen weiteren Ansatz für weitere Diskussionen zu schaffen.

Die Prozeßgruppe trifft sich jeden Samstag um 15 Uhr in der Fabrik Grabenstr. 20 Duisburg Neudorf.
Postadresse: c/o Prozeßgruppe im Infoladen Fabrik Grabenstr. 20 / 41 Duisburg 1

Ich finde es gut, jetzt öffentlich über die Politik der Front zu sprechen. Der Artikel in der Interim Nr. 100 ist solidarisch und spricht die Fragen an, die es bezgl.der Politik jetzt gibt. Ich finde es wichtig, die Diskussion öffentlich zu führen, weil z.Zt. in der linken Bewegung der Frontgedanke kein Thema ist und so auch nicht als Erfahrung präsent ist, weder positiv noch negativ; aber es gibt Erfahrungen, und die müsser aufgearbeitet werden, um aus ihnen zu lernen. Ich gehe davon aus, daß der Frontgedanke - Guerilla und Widerstand kämpfen zusammen - nach wie vor richtig ist, aber daß der Prozeß miteinander unentwickelt geblieben ist, gehemmt und unoffen von beiden Seiten, von der RAF und vom Widerstand. Also ist es wichtig, die Auseinandersetzung zu führen, miteinander zu reden und weiterzukommen.

Das, was ich hier schreibe, ist zwar mit einigen diskutiert, aber nicht mehr im organisierten Frontprozeß. Ich sehe meine persönliche Situation jetzt integriert in eine Zeit des Umbruchs, wo das Alte vorbei ist, die neue Politik, auch die neuen Strukturen noch nicht entwicklet sind. Der Text hier soll Teil der Auseinandersetzung darum sein. Ich schreib das hier in zwei Teilen, subjektive Erfahrungen und politische Vorstellung. Das müßte in eins gesetzt sein, aber ich kriege das so nicht hin; es bleiben in meinem Kopf zwei Stränge und deshalb schreibe ich es auch so.

SUBJEKTIVE ERFAHRUNGEN IM FRONTPROZEß

An der Frontvorstellung begeisterte mich damals die Organisierung. Ich hoffte auf einen "Lebenszusammenhang" - nicht mehr die kleinen autonomen Gruppen, die ich so kannte, daß ich eine Zeit lang meine Gruppe hatte, wir aber immer wieder auseinandergingen, wenn politische Differenzen auftauchten, die wir nicht lösen konnten. Ich hatte Vertrauen, daß wir innerhalb der politischen Vorstellung der revolutionären Front alle politischen Probleme klarkriegen können. Angezogen hat mich am meisten die Idee, zusammen mit der Guerilla in der Lage zu sein, eine viel stärkere politische Wirkung zu erzielen. Ich dachte, wenn unsere Massenkämpfe, z.B. die Anti - Reagandemo 1982 und militante Angriffe mit denen der RAF zusammenkommen, können wir vielmehr erreichen als isoliert jede Kraft für sich. Ich dachte, daß nur alle politischen Kräfte, verbunden miteinander in der Strategieder revolutionären Front, hier mit der Faust auf den Tisch schlagen und die Machtfrage stellen können.

Außerdem hat mir am Frontkonzept sofort eingeleuchtet, daß die Organisierung illegal ist. Der Aufbau von illegalen Strukturen als Handlungsraum gehörte von Anfang an dazu. Das war eine neue Dimension für mich, zu reden, mit wem ich wollte, ohne daß die Bullen es spitzkriegen können und die Möglichkeit, Aktionen planen und machen zu können, ohne observiert zu werden.

Daß dann vieles Anspruch geblieben ist und nicht Wirklichkeit wurde, hatte mehrere Gründe. Objektiv war es schwer, in der Szene Unterstützung für den Aufbau illegaler Strukturen zu finden. Viele fanden den Gedanken zwar "irgendwie" richtig, aber für viele, die das Ganze unterstützt haben, blieb es abstrakt. Sie hatten Fragen, Widersprüche, die zu klären ich mich/ wir uns überfordert gefühlt habe/n. Es wurde dann öfter aus objektiver Notwendigkeit heraus Druck gemacht, damit was klappte, auch ohne für die, die uns unterstützt haben, den genauen Grund für den Druck offen zu machen. So blieb für sie die Politik abstrakt. Überhaupt habe ich die Menschen, die uns unterstützt haben, reduziert wahrgenommen. Ihr eigenen Probleme und politischen Fragen waren kein richtiger Teil meiner Auseinandersetzung. Ohne ihre Fragen, sie selber zu kapieren, läßt sich die Politik nur im Sinne der Kader entwickeln. Für mich war es immer so,daß ich bemüht war, die Widerspüche von anderen zulösen, aber nicht wegen ihrer Widersprüche sondern um selber zum Ziel / zur Praxis zu kommen. Die Widersprüche waren so nur Störfaktor. Die Menschen lernt mensch so nicht kennen. So blieb Front für viele als Möglichkeit abstrakt. Wir haben zwar so geredet, daß alle wichtig sind - so war es auch, alle waren wichtig - aber mehr als Rädchen in der Maschine, als funktionierender Teil im Ganzen. Auf ihre Fragen und Bedürfnisse sind wir wenig eingegangen. Heraus kam dabei nur eine Kurzlebigkeit, mit Menschen nur eine kurze Zeit zusammenzuarbeiten. Beziehungen zu Leuten zerbrachen wieder,

und materiell führte es zum Zusammenbruch bereits aufgebauter Strukturen.

Ich glaube, es ist in einer unreifen Situation oft so, wenn der Aufbau an wenigen hängt, daß die Menschen damit überfordert sind. Scheiße ist nur, das nicht wahrhaben zu wollen und den Druck der eigenen Überforderung in der Hierarchie nach unten abzuwälzen. Gerade in der konspirativen Arbeit hat mensch oft Angst, zu viel zu sagen, beschränkte ich mich immer auf das obj-ektiv notwendige.
Ich denke, ganz wichtig ist es, eine Athmosphäre des Vertrauens zu schaffen, in der jede/r alle ihre/ seine Fragen zu stellen wagen kann. Es gibt immer mal eine Situation von Streß, daß etwas technisch laufen muß, aber auch in der Situation von solchem Druck muß Offenheit herrschen, müssen die Menschen ernstgenommen werden. Vertrauensvolle Athmosphäre, liebevolles Umgehen miteinander, das haben wir in der Front nicht richtig miteinander gelebt. Wenn was nicht geklappt hat, wurde schnell am Willen gezweifelt, daran, ob eine/r auch wirklich kämpfen will. Ich habe mir z.B. mein Versagen als Selbstzweifel reingezogen, ob ich wirklich kämpfen kann und will. Diese Art von Kritik finde ich heute unproduktiv. Da konnten wir einander wenig weiterhelfen, fehlte uns Vertrauen in die Menschen Im tiefsten Innern war ein Mißtrauen, ob eine/r wirklich kämpfen will, anstatt Zuversicht und Hoffnung auf all die Menschen hier im Widerstand, in der Szene, daß wir zusammen in der Lage sind, eine neue Gesellschaft, neue Menschen zu werden.

Die guten Ansätze, das Starke fand ich: das war keine Politik, die irgend jemand so nebenbei gemacht hatte. Es war für alle existenziell, in der Front zu kämpfen. Und was zählte, war die Praxis. Nicht, was eine/r redete sondern was eine/r tat. Das Kriterium dafür, ob was für einen stimmte, war, ob es läuft und wie es läuft, nicht ob mensch darüber laberte.
In den Zusammenhängen, die ich mitgekriegt habe, fand ich gut, wie genau alle GenossInnen mit Sicherheitskriterien umgegangen sind. Wo eine/r Fehler gemacht hat, hat er / sie offen gemacht. Die Sicherheit von allen stand immer über dem individualistischen Interesse, ein gutes Bild von sich abzugeben. Und die Sicherheitskriterien gingen von dem Niveau der Bullenkontrolle in der BRD aus, hatten die Kontrolle im Griff und waren in der Lage, sie auszumanövrieren. – Der Pferdefuß war nur, wie das Tief, daß das Vorankommen, zur Praxis kommen, auf Kosten anderer ging; daß die Härte, sich hier gegen den Apparat durchsetzen zu wollen, eben nicht nur Härte gegen den Apparat bedeutete sondern auch Härte und sich durchboxen gegen andere. Normalerweise denkt mensch: warum rebellieren die "unten" nicht? Wieso lass-en sie sich funktionalisieren und setzen ihre Bedürfnisse nicht durch?
Aber so einfach war das nicht. Die Vorstellung war weit verbreitet, daß es zwar gut ist, politisch zu arbeiten, aber besser, als Militante/r zu kämpfen und in der RAF zu kämpfen erschien als das höchste Ziel. Das Zentrale war, die militanten Kerne aufzubauen und diese Vorstellung "rechtfertigte", Widersprüche von anderen nicht ernst zu nehmen und das für den Aufbau der Front notwendige durchzuboxen. Die, die es nicht "brachten", militant zu kämpfen, haben häufig diese politische Vorstellung geschluckt, weil sie die Hierarchie auch verinnerlicht hatten oder sich aus den Zusammenhängen rauszogen.
Unsere praktische Politik war eindimensional und hierarchisch. Es kam die Uniformierung der Menschen dabei heraus. Es wurden nicht die unterschiedlichen Fähigkeiten der einzelnen Menschen gefördert. Natürlich ist militanter Kampf was Zentrales. Aber die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Menschen sind vielfältig, nicht für alle ist der militante Kampf das Richtige. Für einige ist es das politische Terrain oder das kulturelle. Aufgrund unserer eindimensionalen Vorstellung ist es uns nicht gelungen, die Persönlichkeit in den Menschen/ in uns Menschen zu stärken.
In den letzten Jahren ist diese Haltung dadurch aufgebrochen, daß die alte Politik der Front 1986 erstmal an eine Grenze gestoßen ist, und daß danach im Widerstand, in den Basisbewegungen andere politische Erfahrungen gemacht wurden.

ZUR POLITISCHEN VORSTELLUNG

Bis Mitte der 80er Jahre gab es große militante Demonstrationen gegen die NATO - Kriegsstrategie. Die großen Demos gegen Haig, Reagan, Bush, die Mobilisierung gegen die Nachrüstung und gegen die Munitionstransporte der NATO, dann immer wieder Angriffe auf Militär und die Angriffe der RAF auf die NATO - Basen Ramstein und die Airbase in FFM und den Angriff auf den US - General Kroesen. Meine politische Vorstellung von rev. Front war zunächst, daß diese Massenkämpfe, die militanten und militärischen Angriffe zusammen wirken in einer Front. Und daß es politische Diskussionen gibt zwischen Menschen aus all diesen Bereichen, und in diesen Diskussionen die Politik gemeinsam bestimmt wird.

Wir Antiimperialist/inn/en und autonomen, radikalen Kräfte sind damit gescheitert, uns offensiv in die Friedensbewegung einzubringen. Unser Ziel, aus dieser Bewegung eine Kraft zu machen, von der Friedensbewegung zur Anti - NATO - Bewegung zu kommen, hat nicht geklappt. Wir sind als politisch - militante Kraft da eher untergegangen. Als dann Mitte der 80er Jahre die Friedensbewegung abflaute, - zuerst, weil sie trotz der Massen auf der Strasse die Nachrüstung nicht verhindern konnte und dann endgültig mit Gorbatschows politischem Vorstoß zur Nullösung (was ja auch aussah wie der Erfolg, mit flexibler Politik die USA zu zwingen, von ihrer aggressiven Angriffspolitikgegen den Watschauer Vertrag abzurücken) - und wir an unsere Grenzen in der Friedensbewegung gestoßen waren, gab es in der Politik der rev. Front einen Umschlag. Es war ein Rückzug auf die eigenen Reihen. Ohne, daß wir richtig analysiert hätten, an welche Grenzen die radikalen Kräfte in der Friedensbewegung gestoßen sind und warum in den Anti - NATO - Mobilisierungen weniger rausgekommen ist, als erwartet, ging es nur noch um denAufbau des rev. Pols, um die Offensiven von RAF und Kämpfenden Einheiten und um ihre politische Vermittlung. Die Ebene militanter Massenkämpfe wurde von uns erstmal aufgegeben.
Meine politische Vorstellung entwicklete sich dahingehend, daß Guerilla und Widerstand zusaammen organisierte Interventionen machen, daß das der Kern ist, der revolutionäre Pol, aus dem wir Gegenmacht entwicklen, die der Apparat nicht mehr zerschlagen kann. Die einen machen die militanten Interventionen, die andern machen die politische Vermittlung davon, daß es hier in der Metropole, genau wie in den anderen Abschnitten der Welt darum geht, die revolutionäre Front aufzubauen und gegen die Schweine einen langen Zermürbungskrieg zu führen. Hier ebenso, wie in El Salvador oder Südafrika oder Palästina, eben an allen Abschnitten, wo gegen den Imperialismus gekämpft wird. Ich dachte, daß immer mehr Menschen von den militanten Offensiven angezogen werden, von der richtigen Analyse und sich in die Front einreihen und daß so ein revolutionärer Pol entsteht, der immer größer und stärker wird und langfristig zusammen mit den Kämpfen an andern Abschnitten die Perspektive auf Sieg eröffnet. So ungefähr dachte ich bis 1986.

Damals lief der Kampf um die Vereinheitlichung in der rev. Front. Ich denke, wie wir uns damals Vereinheitlichung vorstellten, war undialektisch und linear. Es war die Vorstellung, daß andere sich hinter uns einreihen Das Beispiel dafür war, wie ssich im Januar 86 auf dem antiimperialistischen / antikapitalisstischen Kongreß in FFM die Basisbewegungen gegen die Organisatoren Raum erkämpfen mußten. Die Vereinheitlichung verlief in der Praxis dann ganz anders als in unserer modellhaften Vorstellung. 1987 bei der Durchsetzung der Hafenstraße haben sich verschieden politische Kräfte ernst genommen, haben sich ausreden lassen und es wurde nicht jeder Widerspruch beiseite gedrängt. Damals war die Erkenntnis, daß es geht, aus der Unterschiedlichkeit fürs Gleiche zu kämpfen. Da mußten nicht alle so wie die GenossInnen aus der Hafenstr. werden.

In der Offensive 86 gab es die Parole "Die Offens-ive aufgreifen und weiterentwickeln!". Die Vors-tellung war, daß die Guerilla und die in der Front organiserten Teile des Widerstands, die kämpfenden Einheiten, vorgehen und die Basis nachzieht. Diese Vorstellung schließt aber gegenseitiges Lernen aus. Das heißt nicht, daß ich es ablehne, voranzugehen. Es war auch gut, daß die Analyse inhaltlich auf dem Kongreß erarbeitet und diskutiert wurde, Nur, beide Initiativen, der Kongreß und die Offensiven, waren

organisch unverbunden mit den Basiskämpfen. In den Erklärungen wurde kein Bezug entwickelt.
Oft, wenn sich GenossInnen zu einer neuen Stufe durchkämpfen, ist das zunächst unvollkommen und fehlerhaft. Die Organisierung, die Angriffsfähigkeit und die gemeinsame politische Bestimmung waren neu errungen. Es hat nur diese Grenze, wenn die Struktur sich nicht fortsetzt und verbreitert, wenn nicht die Dialektik, die Verbundenheit mit den Basiskämpfen auch politisch gesucht wird.

Bei mir / uns sind dazu Fragen an die Kämpfenden Einheiten der Offensiven 84 - 86 entstanden. Dazu brauchen wir Eure Aufarbeitung. Wie habt Ihr die Phase 84 -86 diskutiert? Warum gab es bei Euch keine Kontinuität, obgleich das doch sowohl in der Anti - IWF - Mobilisierung als auch im Hungerstreik 89 gut gewesen wäre? Ich weiß, das da nicht nur ich sondern mehr Menschen drauf gehofft haben, daß nachdem die breite Mobilisierung gelaufen war, nachdem viele Aktionen aus dem Widerstand relativ spontan gelaufen sind, daß dann eine organisierte Offensive gegen die Verantwortlichen läuft und bei ihnen einen "Handlungsbedarf" schafft. - Wir haben das erst so diskutiert, daß Ihr sicher keine Widerholung von 86 wolltet, und es noch unklar war, wie das Neue aussehen sollte. Aber jetzt nach den Aktionen, die Herrhausen folgten, wurde klar, da geht was weiter, aber als Wiederholung, nicht als was Neues. Als Zielbestimmung der Aktionen sagtet Ihr, sie sollen Teil sein für die Vorbereitung einer neuen Offensive. Dazu gehört aber sicher, die Aufarbeitung von 84 - 86 nicht nur so zu belassen: "Unser Bruch war nicht tief genug.", wie eine Kämpfende Einheit es formulierte. Gut wäre, wenn Ihr was dazu sagen könnt.

Jetzt kommt ein Absatz an die GenossInnen aus der RAF:
In Eurer Erklärung zu der Kiechle - Sache sprecht Ihr davon, daß in der Szene Euch gegenüber das Mißtrauen wegen alter Fehler länger fortwirkt, als gute Aktionen. Mißtrauen, darunter versteh ich Distanz, Kälte Euch gegenüber, im Gegensatz zu offenen Fragen. So verstanden, habe ich in der Szene Euch gegenüber bei niemanden Mißtrauen mitgekriegt, aber Befürchtungen und Unklarheit bzgl. der Politik. Wichtig sind uns nicht nur Eure Aktionen, um Euch zu verstehen. Es ist auch wichtig, daß Ihr Euren Prozeß vermittelt, auch Eure offenen Fragen, nicht nur Eure Ergebnisse, einfach damit Kommunikation entsteht. Jetzt gibt es tausend Fragen an Euch, weil Ihr Euren Prozeß nicht vermittelt. Z.B. warum sagt Ihr jetzt in Eurer Erklärung, daß es jetzt darum geht, die Zusammenlegung durchzusetzen? 86 stand "Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand" unter allen Erklärungen der Kämpfenden Einheiten, aber nicht unter Beckurts und Braunmühl. Warum nicht? Denkt Ihr, dass wir die ZL jetzt eher durchsetzen können oder daß es jetzt noch mehr drum geht als damals ? Ich denke daß die ganze Unsicherheit um Kiechle nicht Mißtrauen war sondern mehr, nicht zu kapieren, was bei Euch los ist, wie Ihr denkt und diskutiert. Nähe entsteht, wenn Menschen einander kapieren. So läßt sich auch die alte Hierarchie knacken. Das ist ja nicht nur die Macke von uns aus dem Widerstand; ihr sitzt auch auf dem Thron, wenn Ihr Euern Prozeß nicht offenmacht.
Die Offensiven haben gezeigt, daß es geht, zusammen anzugreifen. Das Niveau der Organisierung beschäftigt BKA und BAW heute noch. Trotzdem bleibt ein Gefühl zurück von "sich am Apparat abarbeiten", also gegen ihre Projekte anzurennen anstatt für die Veränderung von konkreten Lebensbedingungen zu kämpfen. Ich kann mir weitere Kämpfe besser vorstellen für ganz konkrete Ziele, für solidarische Beziehungen der Menschen, für Verbesserung der Lebensbedingungen. Ich meine, es geht zum einen gegen die Schweine des täglichen Lebens von uns hier, darum, zB. die Macht der Makler, Spekulanten, Bullen, Rassisten, Faschisten und Sexisten zu brechen. Das sind identische Ziele, wofür Menschen überall in der Welt kämpfen. Überall geht es um andere Lebensbedingungen. Diese Kämpfe werden oft mit großer Schärfe geführt. Sicher reicht das so alleine nicht, mensch muß das ganze System bekämpfen, das diese Bedingungen hervorbringt. Das heißt, daß es letztlich um die politische Macht geht. Und da haben wir hier in der Metropole, von wo aus die Herren die Welt beherrschen, eine globale Verantwortung. Für solidarische Beziehungen der Völker zu kämpfen, heißt doch, das politisch und praktisch durchzukämpfen, was für total viele Menschen lebensnotwendig ist, heißt, gegen den Hunger im Trikont und gegen die Verschuldung dort auch von hier aus die Konzerne, Banken, Militärs und Politiker, eben die Verantwortlichen, anzugreifen und auch politisch das System anzugreifen, das sich gerade so sonnt in seiner Siegerpose, daß angeblich doch nichts am Markt, an der Ware und an der Herrschaft des Kapitals vorbeiführt, wo der reale Sozialismus gescheitert ist.

Aber trotzdem vermissen wir, daß Ihr, GenossInnen aus der RAF, Euch auch auf die ganz konkreten Kämpfe um Lebensbedingungen hier politisch bezieht. Es kommt oft so rüber, daß wir Euch brauchen, aber es scheint so, als ob die konkreten Kämpfe im Widerstand für Euch nicht so wichtig sind. Wir denken aber, daß Ihr uns mindestens genauso braucht, wie wir Euch, um zur politischen Wirkung zu kommen.

ZUR REVOLTE IN SANTA FU

Wir, die Angehörigen und FreundInnen der Gefangenen aus Santa Fu, wollen das Schweigen durchbrechen und über den jetzigen Stand der zwangsverlegten Gefangenen aus Fuhlsbüttel informieren.

Curilla hat keine seiner Versprechungen an die Gefangenen eingehalten, sondern die Haftbedingungen verschärft!

Im UG-Hamburg sind die Haftbedingungen so vernichtent, daß es unbedingt erforderlich ist, öffentlichen Druck zu schaffen, so daß dem ein Ende gesetzt wird!

- Die Gefangenen sind 23 Stunden am Tag alleine in "ihren" Zellen.
- Hofgang wird völlig willkürlich erlaubt.
- Einige Gefangene haben mehrere Tage keinen Hofgang gehabt.
- Die Gefangenen haben Redeverbot untereinander.
- Vor den Gitterfenstern sind Stahlplatten angebracht, durch die weder Licht noch Luft kommen, da die Platten nur winzige Löcher haben.
- Post von draußen kommt verspätet oder gar nicht im UG an.
- Teilweise haben die Gefangenen ihre persönlichen Sachen immer noch nicht zurück; und wenn, sind diese oft demoliert und somit nicht mehr gebrauchsfähig.
- Drei Gefangene sind schon nach Kiel, Neumünster und Nürnberg verschleppt.
- Andere Gefangene aus Santa Fu haben uns berichtet, daß mindestens 3o Gefangene verschleppt worden sind, wobei über die Zahl der ausländischen Gefangenen und ihrem Verschleppungsort nichts bekannt ist.
- Über weitere Verschleppungspläne in andere Bundesländer werden gezielt Gerüchte an die Gefangenen weitergegeben, um sie zu verunsichern und zu spalten.
- Jede Woche finden Zellenrazien statt, wobei persönliche Sachen von den Schließern gezielt zerstört werden.
- Ein Gefangener hat berichtet, daß trotz des warmen Wetters "seine" Zelle überheizt wird.

Mit diesen Haftbedingungen sollen nicht nur die Gefangenen psychisch zerstört und gebrochen werden, sondern wir, die Angehörigen sollen gedemütigt und mitbestraft werden!

Ihr Ziel ist es, sämtliche sozialen Kontakte zu zerstören, so daß die Gefangenen völlig alleine da sitzen.

ABER IHRE RECHNUNG GEHT NICHT AUF !!!!

Wir werden weiter zu unseren Knackis halten und von außen alles dafür tun, ihre Forderungen und ihren Kampf für bessere Haftbedingungen zu unterstützen!

Wie Gefangene systematisch zerstört werden können, wird zur Zeit an Wolfgang Husmann im UG durchexersiert!
Tagelang haben sie Wolfgang nackt auf die Pritsche gefesselt, so daß er völlig bewegungsunfähig war.
Vier Tage hat er weder Essen noch zu trinken bekommen.
Um Wolfgang zu desorientieren wurde er mit Psychofarmakar vollgestopft und von allen Beamten mit falschem Namen angesprochen.
Sie nannten ihn Wassermann.

DAS IST Folter !



- **Abschaffung der Isolationstrakte und der Sicherheitstruppe**
- **Wahl eines autonomen Gefangenenrats**
- **Offene Kommunikation mit der Presse**
- **Verbesserung der Situation für die ausländischen Gefangenen**
- **Bessere Entlohnung**
- **Viel besseres Essen**

Wir treffen uns Dienstags um 20 Uhr in der FLORA, Schulterblatt (S-Bahn Sternschanze)

Kontaktadresse:
CAFE UND BUCH, HOLSTENSTR.186
2ooo HAMBURG 5o, TELEFON: 38o9181

V.i.S.d.P.: Oskar Lange, Susannenstr.14, 2 Hamburg 36

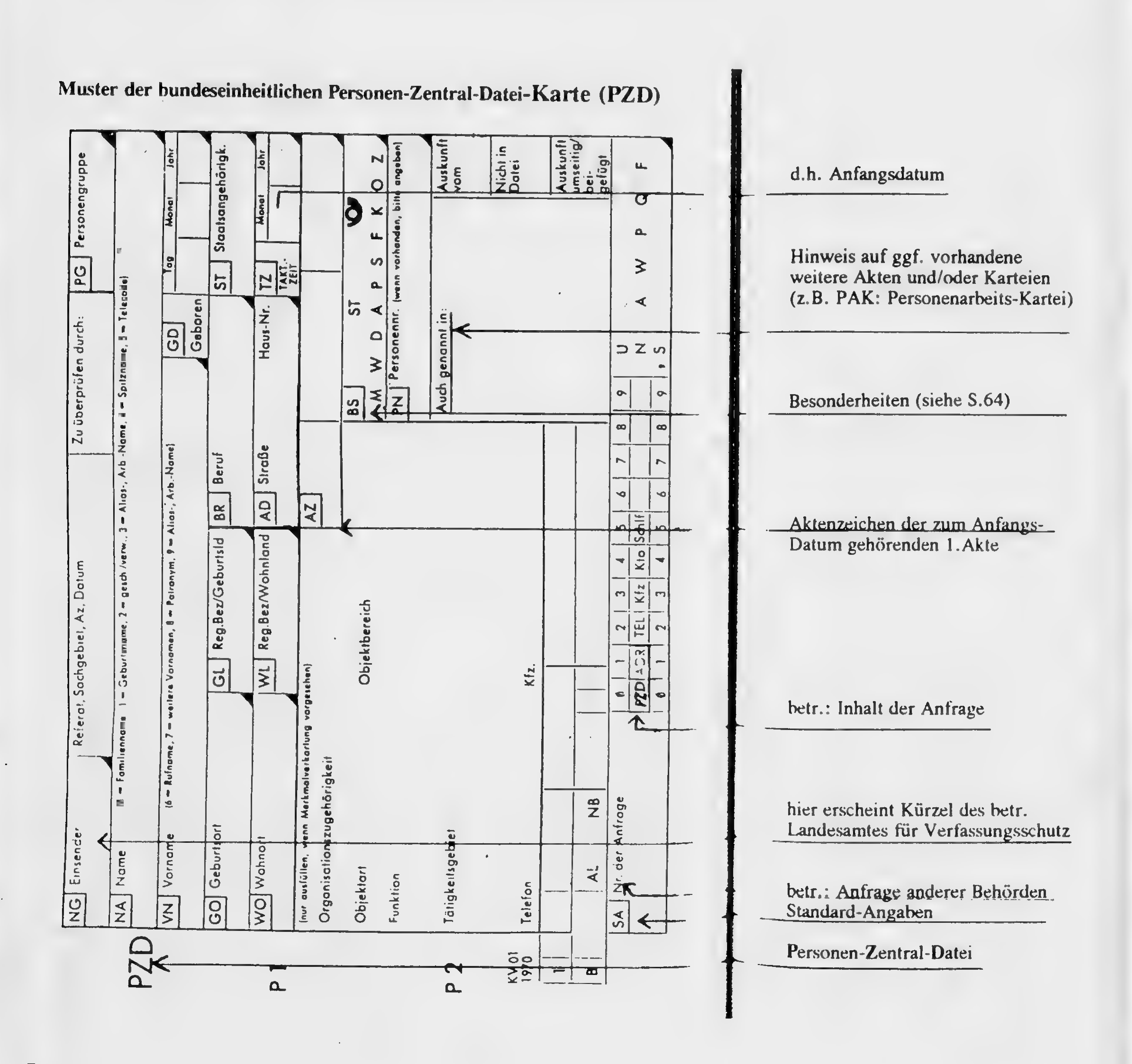
"Verfassungsschutz" in Berlin-West

Die Crux mit der Akteneinsicht

von Catharina Kunze

"Die zu unrecht und ohne jeden Wert gesammelten Unterlagen und Daten über zahllose Bürger müssen ... offengelegt und gelöscht werden", hatten die Berliner Koalitionsparteien SPD und AL im März 1989 zum Punkt "Verfassungsschutz" in ihre Vereinbarungen geschrieben. Angesichts der über 100.000 BürgerInnen, die beim Berliner LfV registriert sind, machte die Losung "Jedem Bürger seine Akte" schnell die Runde. Seit einigen Monaten dürfen BürgerInnen nun unter Aufsicht von Mitarbeitern des LfV Kopien ihrer VfS-Akten einsehen. So manche Seite wurde herausgenommen, vieles aus Gründen des Quellenschutzes geschwärzt - aber immerhin, es ist ein Anfang. Unserer Bericht nennt einige Probleme und gibt ein paar Hinweise für jene, die demnächst ihre Akten einsehen wollen.

Muster der bundeseinheitlichen Personen-Zentral-Datei-Karte (PZD)



1. Probleme

Nicht gerechnet hatten die PolitikerInnen bei ihrer Koalitionsvereinbarung allerdings mit dem Verfassungsschutz selbst. Gerade so, als hätte man dort bereits seit langem mit derartigem gerechnet, macht schon die im Amt gepflegte Aktenhaltung den ersten Strich durch die schöne Rechnung. Direkte Personenakten, die man nach den Gesetzen der Logik erwarten konnte, werden nur in begrenztem Umfang geführt. Das Gros der Informationen ist in sogenannten Sachakten zusammengetragen - ein Sammelsurium von Spitzelberichten, Zeitungsschnipseln, Broschüren und amtswahrhaftigen Auswertungen. Derartige Machwerke allen darin Verzeichneten zu übersenden, verbietet sich bereits aus Datenschutzgründen.
Der zweite Faktor, mit dem niemand rechnen konnte, ist das überwiegende Desinteresse der BerlinerInnen an eben diesen Auskünften. So haben nach ca. einem Dreivierteljahr Auskunftspraxis bisher nur ca. 600 BürgerInnen um Aktenauskunft und -einsicht nachgefragt. Selbst die Alternative Liste und die TAZ bringen die geringe Energie kaum auf, die Modalitäten für die Einsicht in die eigenen Akten auszuhandeln. Berlins Autonome wittern ohnehin nur Lug und Trug hinter der ganzen Sache und verweigern sich dementsprechend.
Auf diese Weise ist in Berlin eine absurde Situation entstanden: das LfV, von seiner neuen Führung gemäß den politischen Vorgaben auf Bürgerfreundlichkeit getrimmt, bemüht sich, auf dem Wege der Auskunft auch gleich öffentlichkeitswirksam Ballast abzuwerfen, indem man nach der Auskunft stets auch auf die Einwilligung zur Vernichtung drängt. In Gesprächen unter "vier Augen" träumen Mitarbeiter des LfV gar von großangelegten Aktenverbrennungen mit Blitzlichtgewitter in der Müllverbrennungsanlage oder ähnlich spektakulären Aktionen zur eigenen "Reinwaschung".
Nur, kaum jemand will bisher die angebotenen Auskünfte erteilt bekommen und jene, die sich für ihre Akteneinträge interessieren, widersprechen zumeist einer Vernichtung und bemühen sich um die Überstellung des Aktenmaterials an das Berliner Landesarchiv, um den großen teils geballten Unfug einer späteren Geschichtsschreibung zu erhalten. Das Landesarchiv selbst hat sich an dieser Debatte bislang noch nicht beteiligt.

2. Einige Hinweise für Auskunftsuchende

*** Die PZD-Kartei**
Ungeachtet des Nadis-Systems erfolgt auch heute noch die Erschließung der Akten über eine Personenzentral-Datei (PZD) in Karteikartenform. Diese Karteikarte, bundeseinheitlich von der Bundesdruckerei gefertigt, ist der Schlüssel zu den Personen- und Sachakten. Wir haben sie auf der gegenüberliegenden Seite 62 im Faksimile nachgedruckt und raten allen Besuchern beim VfS, sich hiervon eine Kopie zu ziehen und beim Besuch die Daten aus der eigenen PZD-Karte in dieses Blatt zu übertragen, da das Amt bisher nicht bereit ist, Kopien herauszurücken. Soweit für uns die Rubriken dieser Karte zu entschlüsseln waren, haben wir sie erläutert.

*** Die Aktenzeichen**
Was wäre eine Behörde ohne Aktenzeichen? Hier einige Erläuterungen zu denen des Berliner LfVs:
Beispiel: 086-S-60188-394/77
Hiervon bedeuten die ersten drei Ziffern bundeseinheitlich das Aktensachgebiet:
086 = organisierter Linksextremismus.
Andere mögliche Kategorien u.a.:
084 = unorganisierter Linksextremismus
017 = Prozeßakte
Der folgende Buchstabe bedeutet:
S = Sachakte
P = Personenakte
Die nächsten 5 oder 6 Ziffern sind in Berlin die Aktenordnungszahl. Bei älteren Akten bedeuten mutmaßlich die ersten zwei, bei aktuellen Akten die ersten 3 Ziffern das Jahr (verschlüsselt), in dem die Akte angelegt wurde. Die weiteren Ziffern sollen die fortlaufende Aktennummerierung sein, mit der offenbar bestimmte inhaltliche Sortierungen erfolgen.
In unserem Beispiel: 60 188: Einstellungsprüfung für den öffentl. Dienst.
Andere Möglichkeiten u.a.:
70 002: Neue Linke (allgemein)
70 011: Neue Linke - Aktionen (Demo-Anmeldungen, Info-Stände etc.)
120 017: Initiative gegen das einheitl. Polizeigesetz
130 002: undogamtische Strömungen innerhalb der Neuen Linken.
Die Ziffer vor dem Schrägstrich:
Sie nennt die Aktenstückzahl, im obigen Beispiel also der 394. Ein-/Ausgang.
Die Schlußziffer bedeutet das Jahr, im obigen Bespiel also der 394. Ein- oder Ausgang im Jahre 1977.

Das ganze Beispiel interpretiert:
Das mit diesem Aktenzeichen gekennzeichnete Schriftstück stammt aus der Sachakte "organisierter Linksextremiusmus" / Einstellungsüberprüfungen für den öffentlichen Dienst und ist das 394. Schriftstück, das 1977 in diese Akte genommen wurde.
Ein ausführlicher Beitrag über Art und Umfang der Aktenauskünfte durch das Berliner LfV folgt in der nächsten Ausgabe.
****

Zur PZD-Karte (S.62):
folgende Rubrik


BS ST
M W D A P S F K O Z
PN Personennr. (wenn vorhanden, bitte angeben)

BS: Besonderheiten
ST: Staatenlos, nicht mehr verwendet
Posthorn: Schließfach, nicht mehr verwendet
M: männlich
W: weiblich
D: Dr.
A: Akademiker
P: ?
S: ?
F: Foto
K: Merkmalskartei (für bes. Merkmale)
O: im öffentl. Dienst beschäftigt
Z: Zeitverkartung (d.h. Zeitpunkt erneuter Bearbeitung, überholt)



Eine Atompartei: Die GRÜNEN

"Parteien sind zum Schlafen da und zum schrecklichen Erwachen."
(Zeitung "883")

"Parteien...
kritisieren, anstatt zu negieren,
opponieren, anstatt zu revolutionieren,
verhandeln, statt zu handeln,
schwätzen, anstatt zu kämpfen."
Otto Rühle

In ihren Programmen treten die Grünen nach wie vor für die "sofortige Stillegung aller Atomanlagen" ein[1].

Die Erfahrungen mit der rot-grünen Landesregierung Hessens, der SPD/AL-Koalition Berlin und seit 1990 auch im SPD/Grünpeace-regierten Niedersachsen zeigen jedoch, daß die grünen ParteipolitikerInnen nicht in der Lage sind, den Ausstieg aus dem atomaren Wahnsinn durchzusetzen.

Grüner Ausstieg aus dem Ausstieg

Für die Alternative Liste ist der Erhalt der Koalition mit der SPD wichtiger als eine konsequente Anti-Atom-Politik. Trotz aller Bedenken trägt sie die Strom-trasse durch die DDR, das heißt die Pro-Atom-Politik der SPD, mit. Und auch bei der Inbetriebnahme des Forschungsreaktors BER II am Hahn-Meitner-Institut (HMI) in Berlin-Wannsee ist die "AL zu Kompromissen bereit"[2]. Kaum haben die selbsternannten "AKW-GegnerInnen" ein Stück Macht in Händen, schon machen sie sich zum Büttel der Atommafia. Schon wird aus der einstigen "HausbesetzerInnen-Partei" eine Partei, die besetzte Häuser möglichst innerhalb von 48 Stunden räumen läßt.



Grüner Auswurf 88

Ein starker Flügel der Grünen (Realos/Grüner Aufbruch 88) setzt sich zunehmend dafür ein, die Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen aus dem Grünen-Wahlprogramm zu streichen, um sich der Atompartei SPD als Koalitionspartner anzubieten[3,4].

Rot-grüne Atomregierung Niedersachsen

Die neue sozialdemokratisch-grüne Landesregierung Niedersachsens beschränkt sich in ihrer "Koalitionsvereinbarung Ausstieg aus der Atomenergie"[5] vom 1. 6. 1990 vor allem auf "starke Sicherheitsbedenken gegen das AKW Stade" und "begründete Zweifel an der Sicherheit des TBL[6] Gorleben".

Die bestehenden Genehmigungen des Atommüllendlagers will die Regierung "durch unabhängige Wissenschaftler überprüfen lassen".

Im Klartext bedeutet diese schwammig formulierte Koalitionsvereinbarung folgendes:

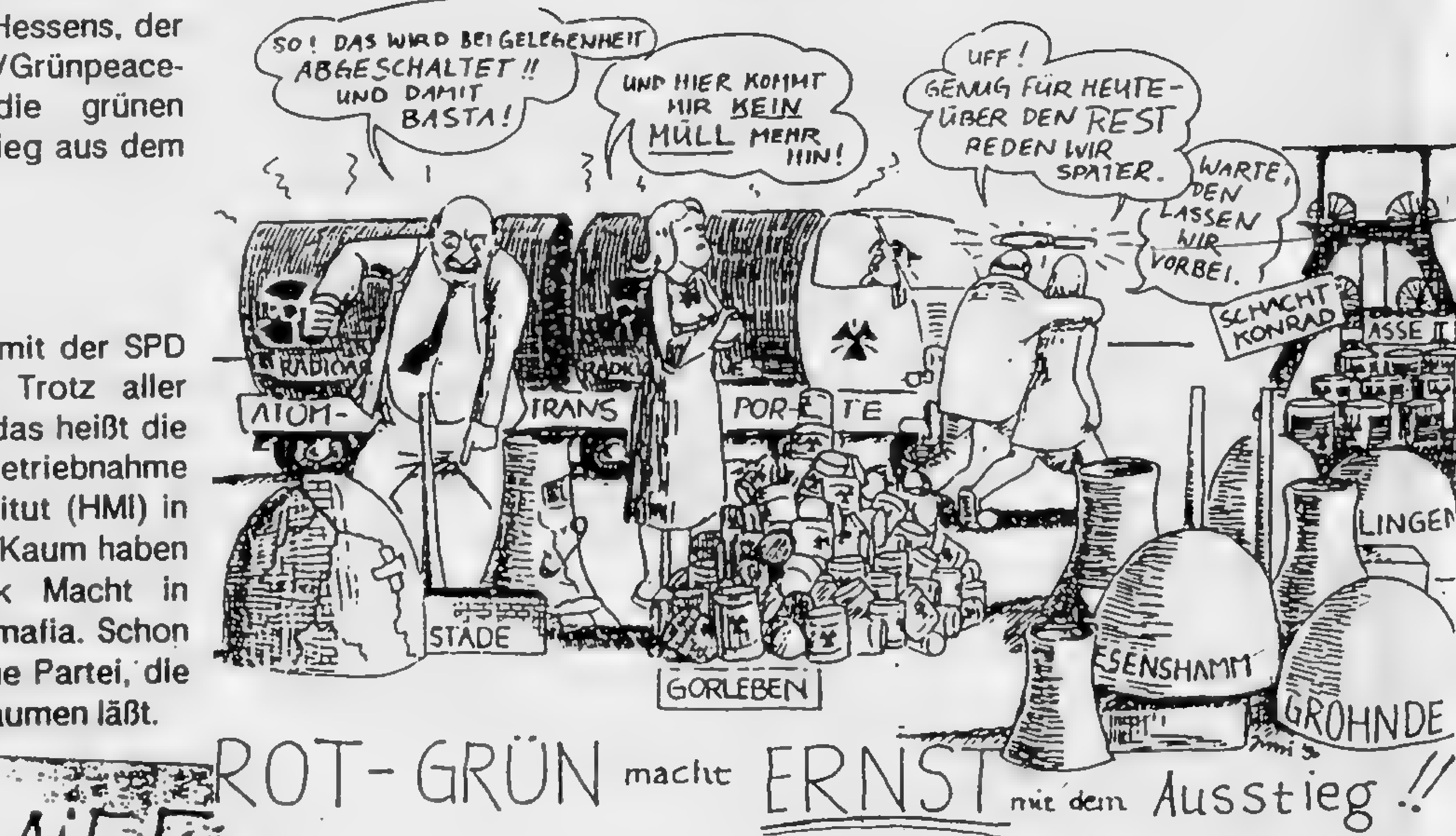
- der Schrottreaktor Stade wird eventuell abgeschaltet;

- die atomaren Zeitbomben AKW Lingen II, AKW Grohnde und AKW Esenshamm bleiben mit größter Wahrscheinlichkeit am Netz.

- Das GREENPEACE-Sicherheitssiegel[7] für die niedersächsischen Atomprojekte dürfte die Anti-AKW-Bewegung spalten und kommt der jetzt unter anderem in die DDR expandierenden Atomindustrie[8] als Eigenwerbung zugute, nach dem Motto "wir haben sichere AKWs, das sagt sogar Greenpeace".

Die von "taz" und anderen regierungsfreundlichen Zeitungen verbreiteten Propagandameldungen (taz-Schlagzeile 1.6.90: "Rot-Grün steigt aus Atomkraft aus", 5.6.90: "Rot-Grün für den Ausstieg"...) tragen erheblich zur Demobilisierung und Schwächung der Anti-AKW-Bewegung bei, da sie den Eindruck erwekken, SPD und Grüne würden eh das Atomprogramm stoppen und eine außerparlamentarische Anti-AKW-Bewegung wäre überhaupt nicht mehr vonnöten.

Ein fataler Irrtum!



Die Geschichte zeigt, daß jede Partei korrumpierbar ist, die Grünen inklusive. Jede Partei läßt sich leicht in das imperialistische System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen integrieren.

Wahlen ändern nicht viel, sonst wären sie verboten

Die Grünen können ihren Beschluß zur "sofortigen Stillegung aller Atomanlagen" entweder á la SPD als wahltaktisches Lippenbekenntnis stehenlassen. Sie könnten den Beschluß aber auch ganz aus ihrem Programm streichen. Es gibt noch genug Themen, denen sich die Grünen widmen können: ökologischer Kapitalismus, friedensstiftende NATO, frauenfreundliches Patriarchat, humane Isolationsfolter.

Die GRÜNE/SPD-Regierung will sich nicht mit Töpfer und der mächtigen Atomindustrie anlegen. Der Ausstieg wird also auf unbestimmte Zeit verschoben, nach dem Motto: "Wir machen das schon. Nur Geduld!"

Die autonome Anti-AKW-Bewegung aber ist sehr ungeduldig.

Wir kämpfen für den <u>sofortigen</u> Ausstieg aus der menschenverachtenden Atomwirtschaft und können uns dabei auf keinerlei Kompromisse einlassen, ohne Glaubwürdigkeit und die eigene Existenz als Bewegung zu gefährden.

Wie der erfolgreiche Widerstand gegen die Plutoniumfabrik in Wackersdorf gezeigt hat[9], können wir durch vielfältige Protest- und Widerstandsaktionen den Preis des Atomprogramms so hoch treiben, daß es für die herrschenden Atomstaats-TerroristInnen jeglicher Couleur letztlich zu unprofitabel wird, ihre Wahnsinnsprojekte wie geplant durchzusetzen.

Hierbei ist zu bedenken, daß alle AtomkapitalistInnen eins gemeinsam haben: Sie können nicht wirklich humanistisch fühlen und denken. Sie denken rein profitorientiert, wirtschaftlich und technisch. Um ihren Gewinn zu steigern, gehen sie über Leichen in der von IWF und Weltbank armgehaltenen "Dritten Welt" (Stichwort: Urannabbau und Verseuchung der ArbeiterInnen und AnwohnerIn-

nen in Namibia und anderswo). Die Atommafiosi nehmen das "Restrisiko", Millionen Menschen zu verseuchen, bewußt in Kauf.

Das Kleben an Geld und Macht haben sie mit rot-grünen ParteikarrieristInnen gemeinsam.



Die grün-alternaive StaatsGEWALT

Die Grünen bezeichnen sich zwar selbst als "gewaltfrei", sie sind aber bereits Teil der Atom-Staatsgewalt. Die u.a. von den Grünen betriebene Spaltung in "gute, friedliche" und "böse, gewalttätige" AKW-GegnerInnen ist reine staatstragende Propaganda. Es sollte jedem humanistisch denkenden Menschen klar sein, daß nicht die Menschen, die Widerstand gegen den Polizei- und Atomstaat leisten, kriminell sind, sondern die Herrschenden, die Betreiber von Atomkraftwerken, die Gentechnologen und Völkermordstrategen in den Schaltstellen der Macht - Deutsche Bank, Daimler-Benz, Siemens & Co.



Und noch etwas müssen wir AnarchistInnen und AtomkraftgegnerInnen uns und anderen bewußtmachen: Auch eine rot-grüne Machtpolitik ist eine Politik, die nicht verhindert, daß uns möglicherweise schon morgen die Haare ausfallen, in Büscheln.

Der Ausstieg aus der Atomstaatspolitik kann nur durch eine starke außer- und antiparlamentarische Protest-und Widerstandsbewegung von unten durchgesetzt werden.

Leben als Sabotage - leistet Widerstand! Beteiligt euch an den Aktionen der Initiativen gegen Atomkraft!

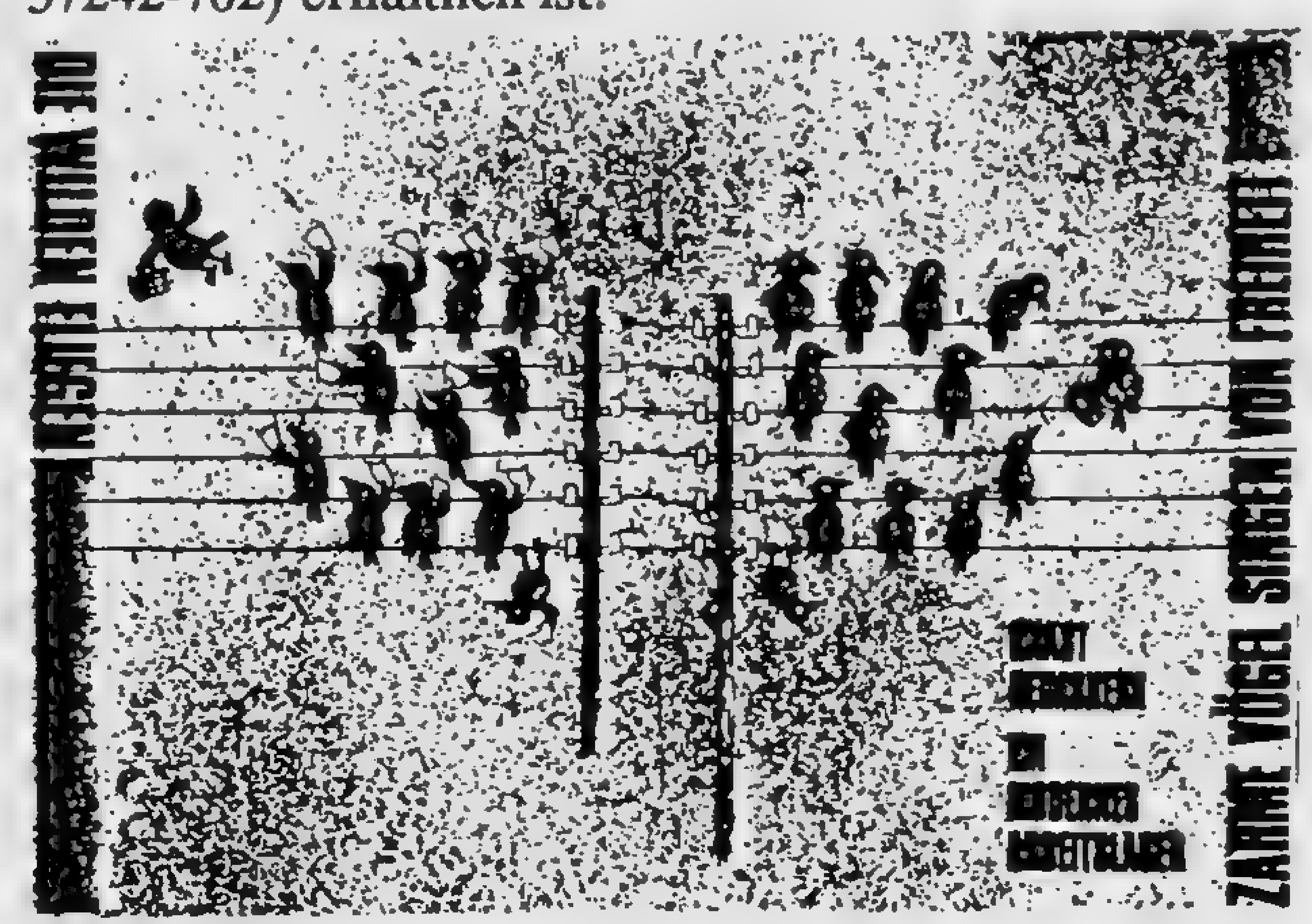


Foto aus "WAZ" vom 4.2.87

1 - siehe Bundes-und andere Programme der GRÜNEN
2 - siehe "taz" vom 10.5.90
3 - siehe "MOZ" 4/90, S. 32
4 - siehe "SPD - Ausstieg als Volksverarschung", Atomkraft Nein! Kalender 1990, S. 116 ff.
5 - siehe anti-atom-aktuell Nr. 15, Juni 90, Dokumentation S. 6 und Kommentare S. 4 f. und 7 ff..

6 - Mit TBL oder Transportbehälterlager ist das "Zwischenlager" für hochradioaktive abgebrannte Brennelemente gemeint, in dem die Lagerung in Castor-Transportbehältern erfolgen soll.
7 - Die Greenpeace-Chefin Griefahn ist seit 1990 niedersächsische Umweltministerin und damit Betreiberin der niedersächsischen Atomanlagen.
8 - Siemens und Co. planen, etwa 4 AKWs auf DDR-Boden zu bauen.
9 - siehe Atomkraft Nein! Kalender 1990

Weitere Informationen zum Knast in Heimsheim gibt es in der Broschüre "Knast Heimsheim - Ein modernes Arbeitslager", die für 2,50 DM (zzgl. Porto) bei der "Bunten Hilfe Stuttgart", Mörikestraße 69 in 7000 Stuttgart 1 (Postgiro Stuttgart, BLZ 60010070, Konto 37242-702) erhältlich ist.



Inhalt:

2 - Adressenliste der Knäste in Ba-Wü
3 - Knast Heimsheim, grobe Fakten und Zahlen
4 - (Einführungsprolog) Knast - Produkt des Kapitals
6 - Arbeitslager, Beschreibung der Knastbauten
11 - Technik gegen Revolte, besondere Sicherungsmaßnahmen
12 - Adressenliste der am Knastbau beteiligten Firmen
14 - ALLe TAGe, Knastrealität am Beispiel Heimsheim
17 - Bericht aus dem U-Knast, Momentaufnahmen
21 - Zwangsarbeit ist Pflicht, Tendenzen und Entwicklungen im Stra
vollzug der letzten 10 Jahre, insbesondere in Ba-Wü
30 - (dazu) Knastchronik Ba-Wü von '69 - '92



Zusammen kämpfen
heißt auch miteinander reden
heißt einander mitkriegen

Hier soll ein Projekt zur Gegenöffentlichkeit vorgestellt werden. Die Idee heißt **Telefonzeitung (T.Z.)** und hier soll jetzt kurz die Notwendigkeit und die Funktion eines solchen „Systems" dargestellt werden:

A Gegenöffentlichkeit, Informationsnetz...warum das ?

Wir alle wissen, die Medienwirklichkeit auf "unseren" Bildschirmen, in "unseren" Zeitungen ist nicht unsere Wirklichkeit; nicht die Wirklichkeit der Menschen, die dieses System der anderen nicht ertragen können, die in ständigem Konflikt damit leben, die versuchen, es anzugreifen - in unterschiedlichster Form.
Was es gibt in der Linken, ist ein Austausch von Dokumentationen zu Aktionen, Geschehnissen und gelegentlich auch zu Diskussionen. Auch Flugblätter kommen schon mal über die Verbreitung in der lokalen Szene hinaus. Die gibt es schriftlich und sind denen, die es wirklich wollen auch zugänglich. Was allerding völlig fehlt, sind aktuelle Nachrichten, allen Menschen - auch nicht-Insidern - zugängliche Meldungen über das "Treiben" des linken Widerstands und eine schnelle und unkomplizierte Verbreitung von Terminen.
Die taz ist schon lange keine Plattform mehr für uns. Es gibt also keine linken, aktuellen, überregionalen Medien.
Aber ein solches Medium wäre wichtig. Nicht nur, um unsere Wirklichkeit in die der Masse zu tragen, um Bewußtsein zu schaffen, sondern gerade auch als Informationsnetz der Szene. Immer wichtiger wird eine schnelle und subjektive Kommunikation zwischen

a) einzelnen Städten und Gemeinden der BRD (Deutschlands?)
b) den Regionen
c) den europäischen Ländern
d) event. auch außereurop. Ländern

und zwar zum

a) Mitkriegen
b) Reagieren-können
c) Teilnehmen.

Mitkriegen bedeutet, daß die Nachrichten nicht ganz so knapp sein dürfen, auch Stimmungen vermitteln müssen. Um Reagieren zu können, sollten sie Bewußtsein schaffen können, und zum Teilnehmen werden Termine benötigt, mit deren Inhalten auch etwas anzufangen ist.

B Inhalte - was für wen ?

Wenn hier bisher "links" stand und "Szene", soll nun kurz versucht werden, zu definieren, was alles darunterfallen könnte. Inhalte der TELEFONZEITUNG könnten sein: Termine und Kurznachrichten aus dem Bereich Widerstand und Repression. Unter Widerstand fallen alle Aktionen und Diskussionen der Linken, mit Repression sind alle Aktionen und Pläne der Schweine, d.h. der Herrschenden gemeint, die sich gegen den Widerstand und das Leben der Linken richten. Die T.Z. sollte sich darauf beschränken, die Themen zu veröffentlichen, die von den bürgerlichen Medien verschwiegen werden.
Mögliche Schwerpunktthemen wären also zur Zeit z.B.:

- Knast-Nachrichten
- Prozesse
- Antipatriarchaler Kampf
- Häuserkampf
- Umstrukturierung der Städte
- Antifa
- Gen-Tech

und andere Aktionen und Diskussionen des autonomen, antiimperialistischen, antipatriarchalen, anarchistischen, kommunistischen, antifaschistischen, anti-atom, ökologischen Widerstands. Gemeint ist also REVOLUTIONÄRER WIDERSTAND, der für die Überwindung des imperialistisch-kapitalistischen und patriarchalen Systems (auch in den eigenen Strukturen) kämpft, und alle seine Teilbereiche, die zu Teilzielen innerhalb des bestehenden Systems führen sollen.

C Warum europäisch ?

Durch EG 92 wächst die Machtansammlung in Europa immer mehr zusammen. Immer mehr wird Europa als strukturelle Einheit zu einer gebündelten, zentrierten Macht, die immer umfassender und bewußter die gesamten globalen Abläufe steuert.
Der Widerstand in den einzelnen Ländern ist schwach. Deshalb müssen die Menschen zusammenrücken, um gemeinsam revolutionäre Konzepte zu entwickeln. Das geht nur mit den Erfahrungen aus allen Ländern und der verschiedenen rev. Kräfte. Um diese Erfahrungen mitzukriegen, brauchen wir ein gutes schnelles Informationssystem. Die Gründe, wozu eine gemeinsame internationale Organisierung notwendig ist, wurden in den letzten Jahren oft genug dargelegt. Aber eine andere Frage ist in diesem Zusammenhang wichtig: Für ein gemeinsames internationales Eingreifen in die Strukturen der Schweine, bedarf es einer gemeinsamen Diskussion, eines Prozesses. Was können aktuelle Kurznachrichten da überhaupt leisten ? Was sie nicht können ist, eine Diskussion ersetzen - ganz klar. Dazu bedarf es eines besseren Austausches von Flugblättern und Diskussionspapers und gemeinsamer Treffen und natürlich gemeinsamer Praxis. Was eine Telefonzeitung allerdings sehr wohl erreichen kann, ist ein Mitkriegen der verschiedenen Kämpfe, der verschiedenen Praxis, ein Mitkriegen von verschiedenen Erfahrungen und vorallem ein zeitlich/chronoloisch authentisches Mitkriegen von Entwicklungen. Und zwar sowohl Entwicklungen der (eigenen) rev. Praxis von unten, als auch Entwicklungen der gesellschaftlichen (Um)strukturierung und Repression von oben.

Schnelle, aktuelle Informationen sind darüberhinaus eine Bedingung (von mehreren), umgehendes Reagieren in den verschiedenen Städten und Regionen möglich zu machen. Ein Reagieren in der Aktion und ein Reagieren in der Diskussion. Unsere Strukturen werden flexibeler und spontaner.

Durch das Gebilde einer Telefonzeitung entstünden aber auch neue Strukturen (bzw. würden weiter ausgebaut). Ein besseres Kennenlernen zwischen den Städten, den Regionen und zwischen den Ländern fände statt. Somit könnte eine wichtige Voraussetzung für den weitergehenden Austausch, für gemeinsame Diskusionen und Aktionen geschaffen werden.

D Warum Telefon ?

Ein solches Projekt zur Gegenöffentlichkeit ist nur durch die T.Z. zu verwirklichen. Für alle anderen Medien die einen aktuellen und überregionalen Informationsfluß ermöglichen (Radio, TV, Tageszeitung) fehlen uns das erforderliche "Kleingeld" und die nötigen Kräfte. Außerdem ist eine Dezentralisierung, ein Aufbau einer zunächst bundesweiten, dann europaweiten Struktur nicht denkbar: Selbst wenn wir eine Tageszeitung finanzieren oder einen Radiosender betreiben könnten, so doch nicht in mehreren Ländern und möglichst vielen Städten.
Die T.Z. ist, im Gegensatz zu den Diskussionspapers und überregional gestreuten Flugblättern jeder und jedem zugänglich, nicht nur "Insidern". So können viel mehr Menschen am Prozeß des Zusammenkommens teilnehmen. Vielleicht würden auch andere Medien die T.Z. als eine Art gratis Presseagentur nutzen.
Ein weiterer Vorteil des Telefons: Es ist den NutzerInnen unabhängig von Zeit und Ort zugänglich.

E Wie funktioniert sie nun, die Telefonzeitung ? Technix

Zunächst mal ist hier jetzt an eine Ausdehnung nur innerhalb Deutschlands geadcht. Der Gedanke der europaweiten Ausdehnung kann sicherlich nur langfristig umgesetzt werden.

Das Konzept:
In möglichst vielen Städten (vorallen denen mit größeren Szenen) gibt es ein Büro mit zwei Telefonen. In einer Stadt befindet sich die Zentrale. Auch hier: Zwei Telefone. Das eine, um Anrufe zu tätigen und zu empfangen. An das andere ist ein Tonband angeschlossen, auf dem die AnruferInnen die neuesten Meldungen abhören können. Die Telefonnummern der Zentrale werden bundesweit in der Szene veröffentlicht, die Nummern der übrigen Büros jeweils in den Regionen auch über die Szene hinaus. Wenn nun irgendetwas passiert, also z.B. ein Haus besetzt, oder wenn eins geräumt wird, wenn es Neuigkeiten zum Gesundheitszustand im Hungerstreik befindlicher Gefangener gibt, wenn ein Prozeßtermin verschoben oder ein Urteil gefällt wurde usw., dann ruft ein Mensch sofort bei der T.Z.-Zentrale oder auch im Regionalbüro an und gibt die Information durch. Und zwar entweder an den dort sitzenden Menschen oder auf das Tonbandgerät. Der Mensch in der Zentrale spricht die neue Meldung auf das Tonband und ruft die Regionalbüros an und gibt die Meldung durch. Dort spricht jemand die Meldung aufs Band. Wenn nun eine Nutzerin oder ein Nutzer die neuesten Nachrichten hören will, ruft sie/er die Tonbandnummer ihres/seines Regionalbüros (oder auch der Zentrale) an und kann die Neuigkeiten abhören.
Das ist eigentlich schon alles. So einfach funktioniert die T.Z..

Der Aufwand einer solchen T.Z. ist relativ gering. Kosten entstehen nur für die jeweils zwei Telefonanschlüsse, die Einheiten und den Anrufbeantworter. Ein Büro kann u.U. auch in einer Wohnung sein, oder aber in den vorhandenen Info-Büros untergebracht werden. Damit würde auch die Idee der Info-Büro-Struktur wieder neu aufgegriffen werden. Für den Betrieb eines Regionalbüros reichen vielleicht schon zwei Leute, die sich dafür engagieren, die sich (abwechselnd?) täglich z.B. 2-3 Stunden ans Telefon setzen und vielleicht während des restlichen Tages gelegentlich das Band abhören und die Nachrichten aktualisieren und weitergeben. In der Zentrale wäre es vielleicht nicht schlecht, etwas längere "Dienstzeiten" zu haben. Auf diese Art und Weise lernen sich die Leute, die das machen kennen (es müßte sicherlich auch regelmäßige Treffen geben). Es entstehen Kommunikationsstrukturen, die - wie schon beschrieben - ungeheuer wichtig sind.

Damit die Nachrichten auch wirklich authentisch sind, wäre es gut, wenn nach Möglichkeit den in der T.Z. Arbeitenden bekannte Leute anrufen, wenn sich also innerhalb einer Szene "bestimmte" Menschen dafür verantwortlich fühlen, die neuesten Infos und Termine an die T.Z. weiterzugeben. Das Sich-kennen dürfte allerdings gerade durch die regionale Struktur kein allzu großes Problem und vorallem mit der Zeit immer besser werden.

Eine Perspektive der Telefonzeitung könnte auch sein: Wenn so etwas mal läuft, könnten vielleicht alle gesammelten Meldungen wöchentlich (?) auch in schriftlicher Form publiziert werden.

F Also...

Eine Telefonzeitung kann natürlich nur ein erster (?) Schritt sein, die verschiedenen Kämpfe zusammen zu bringen, kann nur ein kleiner Teil des Prozeßes sein, eine gemeinsame Front der verschiedenen rev. Kräfte und der verschiedenen Länder aufzubauen - das ist klar. Aber klar ist auch, daß es ohne einer guten Informationsstruktur nicht geht.

Strukturen schaffen!
Das Informationsmonopol aufbrechen!
Die Schweine in die Flucht schlagen!
Venceremos!

Kontakt: Stichwort "Telefonzeitung"
Info-Büro
Kiefernstr. 15
4000 Düsseldorf



SCHWARZE WIDERSTANDSKUNST AUS DER SERIE: AUA-AUA-PLAKATE

Blumen für Oskar Lafontaine!



!FREIHEIT FÜR ADELHEID STREIDEL!

"Verrückt" sind hier die Zustände...
...und nicht die Menschen,
die sie nicht mehr ertragen!

LIEBER NACH OBEN GESTOCHEN
ALS NACH UNTEN GETRETEN!!

Anarchie ist Freiheit ohne HERRschaft!

Text zu dem Plakat:
Eigentliche Zielgruppe ist keine autonome/anarchistische/feministische szene, sondern die ominösen revolutionären Subjekte, die sich hier in diesem Land noch vereinzelt tummeln sollen.
Es hängt zwar am WG-Schrank nicht schlecht, aber in erster Linie ist es als Agitationsplakat zu verstehen, das dort geklebt werden sollte, wo sich unter anderem die Hoffnungslosigkeit breit gemacht hat, wo sich u.a. die Faschisten rekrutieren, aus den getretenen verzweifelten Menschen. Dort, wo die Männer ihren Haß nicht nach oben richten, sondern gegen Frauen, AusländerInnen, Kinder...., mit denen sie zusammenleben, denen sie begegnen, sie erniedrigen, vergewaltigen und sexuell ausbeuten.
Das Plakat soll dort hängen, wo Adelheid Streidel hätte auch wohnen können, in den braven Wohnvierteln der BürgerInnen in den Betonburgen.
Adelheid Streidel, wer weiß schon die Wahrheit über ihr Leben außer sie selbst? In den Lügen, die über sie ausgeschüttet wurden, um sie als verrückt abstempeln zu können, als Frau zu entmündigen und in den Psychatrien möglicherweise für immer verschwinden zu lassen, um dann nur noch von dem Großmeister eines Europäischen Deutschlands zu reden.
Ein kurzes interview mit einer ihrer Bekannten oder nachbarin im Fernsehen um ihre Geschichte bringt Schnipsel ihres lebens an den Tag:"Sie war seit ihrer Vergewaltigung so...". Mehr wissen wir nicht....Egal, wie "verückt" sie letztendlich sein mag, sie hat nicht wie so viele ihre Situation gegen andere verkehrt, wie MÄnner das in der Regel gegen Frauen tun, sondern sie hat nach oben gestochen. Das war richtig! Und das macht uns diese Frau und diese Tat sympathisch. Der "Anschlag" auf Lafotaine ist für uns kein Grund, jemanden wegzusperren oder verschwinden zu lassen, für die Herrschende Ordnung aber allemal.
Das Plakat zielt auf die vermittlung dieser Tat und fordert auf zur Solidarität mit dem Ungewöhnlichen. Nicht immer wird Widerstand nur von bewußt politisch aktiven Frauen und Männern geleistet, sondern ist oft auch Reflex auf die Zustände. Diesen "unbewußten" Reflex müssen wir lernen, aufzuspüren, ihn richtig zu deuten und ihn in einen bewußten (nicht vereinnahmenden) Zusammenhang zu stellen. Kunst kann darin ein Mittel zur Bewußtmachung sein. diesem Anspruch versucht beiliegendes Plakat gerecht zu werden.
Wir rufen Euch auf, diesen Text mit Plakat in den verschiedenen Szenen/Stadtzeithschriften zu dokumentieren und in Euren Städten zu plakatieren!

Unterirdische Operationssäle

Von Bild bis TAZ, alle waren sich einig, die Medien, die PolitikerInnen, viele Linke. Adelheid Streidel, 42, muß verrückt sein.

Ausgerechnet im weißen "Braut"kleid (TAZ) ging sie auf Oskar los, obwohl Frauen doch qua genetischer Bestimmung nicht aggressiv sind. Eine Pistole wollte sie kaufen, weil sie sich "verfolgt fühlte". Vielleicht fühlte sie sich verfolgt, weil in der BRD alle 5 Minuten eine Frau vergewaltigt wird, weil ungefähr jedes zweite der hier aufwachsenden Mädchen von Männern mißhandelt wird, weil in nahezu allen Lebensbereichen sexualisierte Gewalt praktiziert wird, weil das soziale Geschlecht Frau überall in Bezug auf Männer definiert wird, es sich nur emanzipieren kann, wenn es sich männlich gibt und auch dann unter Druck gerät, der "natürlichen" Bestimmung zuwiderhandelt. Mutter und Hure, Managerin und Playgirl, die männlichen Bedürfnisse sind der Maßstab.

Die Verfolgung einer Adelheid Streidel findet zu allumfassend statt, um sie in einem kurzen Artikel darzustellen, aber sie findet geschlechtsspezifisch statt und Lafontaine ist einer der Jäger, als Politik-Funktionär, als SPDler, als Mann.

Frau Streidel wird bis an ihr Lebensende in einem der Operationssäle verschwinden, auf die sie aufmerksam machen wollte, in der Psychiatrie. Die Frage nach Knast stellte sich in ihrem Fall erst gar nicht. Sie verstieß gegen zu viele Normen, sie hat keinen Mann, sie wehrte sich, sie benutzte dazu ein Messer.

Ihre Wortwahl - unterirdische OP's, Menschentötungsfabriken - spricht tatsächlich nicht für eine bewußte politische Analyse, ein Bekennerinnenschreiben wurde nicht bekannt. Das reicht leider auch für fortschrittliche Menschen, die um die Folterkeller der Militärmarionetten und um unterirdische Isolationshaftbunker sowie um die Existenz patriarchaler Herrschaft wissen, den möglichen Hintergrund der Tat nicht zu sehen.

Aber daß eine "normale" Frau, die sich nicht unbedingt explizit politisch verstehen muß, mit einer patriarchalen Norm bricht, ihre Aggression nicht nur gegen sich selbst richtet, daß sie ihre aufgezwungene Rolle zum Teil verläßt, muß an dieser Tat bemerkt werden. Das ist genauso politisch wie die Tatsache, daß in einem sexistischen System die Repression gegen die, die sich wehren, so fein und doch so deutlich abgestimmt ist. Knast für Männer, Psychiatrie für Frauen, selbst wenn sie das Gewaltmonopol gebrochen haben. Daß auch Frauen im Knast und Männer in der Klapse sitzen, spricht da nicht gegen.

Eine "Bluthochzeit", ein "verrückter Liebesakt" gegen den "sinnesfreudigen" (Zitate alle aus der TAZ) Frauenheld Oskar muß herhalten, um die Realität der Hintergründe zu verfälschen und gleichzeitig zu reproduzieren. Was wäre wohl gekommen, wenn sie Johannes Rau erwischt hätte, dem seine Partei nahelegte, zu heiraten, um ihn vom Makel des Schwulen zu reinigen?

Die sexistische gesellschaftliche Wirklichkeit soll mit Adelheid Streidels Pathologisierung verwischt werden und offenbart sich dabei eigentlich selbst. Eigentlich. Im widerwärtigen Konsens - von der Nebenwiderspruchsthese vieler Linker bis zum Repressionsapparat der Herrschenden - existiert umfassende geschlechtsspezifische Herrschaft nicht. Deshalb gibt es auch keine Adelheid Streidel, sondern nur eine Verrückte.

Blut und Rosen

War das Attentat der Arzthelferin Adelheid Streidel ein verrückter Liebesakt?

Noch weiß man nicht sehr viel über die 42jährige Attentäterin Adelheid Streidel aus Bad Neuenahr. Sie ist gelernte Arzthelferin, geschieden und stand unter der Vormundschaft ihrer Schwester, nachdem sie vor Jahren wegen versuchter Brandstiftung vorübergehend in eine Nervenklinik eingewiesen wurde. Ein politisches Motiv ist laut Polizei nicht erkennbar. Was aber ist politisch, und was ist nur verrückt? Nicht nur bei Attentaten verschwimmen hier ja die Grenzen.

Politiker und „öffentliche Personen" aller Art dienen auch immer als Projektionsflächen. Der rote Oskar, der sinnesfreudige Oskar, der Frauenheld Oskar — für Menschen, die zu einer reaktionär vernagelten oder gar psychotischen Weltsicht neigen, kann er schnell zu einem Sinnbild des Unmoralischen, Verluderten werden, das man bekämpfen muß.

Adelheid Streidels Bluttat an Oskar Lafontaine sieht dabei wie ein psychopathisch verkehrter Liebesakt aus. Die Attentäterin Streidel kam als Verehrende, sie kam im weißen (Hochzeits?-)Kleid, mit knallrot geschminkten Lippen und einem (Braut?-)Strauß von Rosen und Nelken in der Hand. Sie drängte sich zu ihrem Ausersehenen durch und fiel ihm um den Hals, an den Hals: Sie als Braut, der Kanzlerkandidat als Bräutigam und dann eine „Bluthochzeit" als Abwehrkampf und Selbstreinigungsprozeß.

Ob die Projektion uneingestandener sexueller Wünsche auf den „Lebemann" Oskar und ihre blutige Abwehr das wirkliche und einzige Motiv für ihre Tat war, weiß bis jetzt niemand. Ins Bild passen jedenfalls die Berichte von Nachbarn, Adelheid Streidel habe schon mehrfach um Waffen gebeten, um sich gegen Männer zu verteidigen, die sie angeblich verfolgten.

Andererseits konnten Gerüchte nicht bestätigt werden, die Frau sei „Republikaner"-Mitglied. Daß sie in Briefkontakt mit mehreren Gefangenen gestanden haben soll, darunter auch Christian Klar, wollten Sicherheitsexperten auch eher als Spinnerei gewertet wissen, denn als irgendeine Art von politischer Überzeugung.

„Paranoide Schizophrenie", also eine gespaltene Persönlichkeit mit Wahnideen und Halluzinationen,



Adelheid Streidel *Foto: ap*

wird ihr nun auch von einem psychiatrischen Gutachter attestiert, der die Täterin seit gestern morgen untersuchte. Am Abend des Attentats habe sie wegen ihres Zustands nicht vernommen werden können, aber am Donnerstag morgen sei sie aussagebereit gewesen und habe auf die Fragen der Vernehmungsbeamten „normal" geantwortet, gab die Kölner Polizeipressestelle bekannt. Es sei wahrscheinlicher, daß Frau Streidel nun in einer geschlossenen psychiatrischen Anstalt untergebracht werde als in einer Untersuchungshaftanstalt.

Klapsmühle zu, Affe tot, Problem erledigt? In der Geschichte der politischen Attentate haben Verrückte und Psychiatrisierte schon öfter die verdrängten Aggressionen innerhalb einer Gesellschaft exekutiert.

Ist Frau Adelheid Streidel ganz alleine losmarschiert, oder fühlte sie sich als Ausführende von Massenwünschen? Das Attentat der Frau Streidel wirkt in jeder Hinsicht verrückt. Nur in einer entspricht es durchaus dem gesellschaftlichen Stand: Die bevorstehende Vereinigung der Deutschländer hat eine Unruhe in beide Gesellschaften gebracht, die deren Aggressionspotential spürbar hat ansteigen lassen. Wer es nicht glauben will, muß in die Zeitungen schauen: die Gewalttätigkeiten im normalen Alltagsleben haben deutlich zugenommen.

Ute Scheub

KARTEN-TELEFON ? NEIN DANKE !

DIE POST WILL UNS ZUR "FREIWILLIGEN" BENUTZUNG VON KARTEN ZWINGEN

Es ist eine Unverschämtheit, wie die Post versucht, uns zum Telefonieren mit Karten zu zwingen. Ohne Rücksicht auf die tatsächliche Verbreitung von Telefonkarten werden immer mehr Münztelefone durch Kartentelefone ersetzt. Wo mehrere Telefonzellen stehen, wird die Hälfte in Kartentelefone umgewandelt; manchmal steht aber auch ein Kartentelefon einzeln da, wer keine Karte hat, soll laufen und suchen. Weil Warteschlangen an besetzten Münztelefonen entstehen, während Kartetelefone frei bleiben, werden die Leute gezwungen, sich "freiwillig" Telefonkarten zu kaufen.

TELEFONKARTEN OHNE ANONYMITÄT

Wir sind gegen die Einführung von Kartentelefonen. Beim Telefonieren mit Telekarten werden Name bzw. andere personenbezogene Daten automatisch gelesen und per Telefonleitung an einen Post-Computer übermittelt. Angerufene Nummer, Ort und Zeit sowie die anfallenden Gebühren können so zusammen mit dem Namen des Anrufenden registriert werden. D.h. es kann herausgefunden werden, wer an welchem Tag, zu welcher Uhrzeit, von welcher Telefonzelle aus, mit wem gesprochen hat.

Zur Zeit gibt es noch sogenannte Chipkarten zu kaufen. Auf diesen Dingern sind lediglich Telefon-Einheiten gespeichert, die abtelefoniert werden bis die Karte "leer" ist. Das ist aber nur ein Zwischenschritt zum langsamen Eingewöhnen. Inzwischen hat die Post bereits mit der Einführung der "Telekarte" begonnen. Sollte es der Post gelingen, alle Münzfernsprecher abzuschaffen und nur noch Kartentelefone aufzustellen, dann braucht sie nur noch den Chipkartenverkauf zu beenden und der Zwang zur Telekarte ist perfekt.

DIE ALLTÄGLICHE ERFASSUNG NERVT

Nicht nur Telefonkarten nerven uns. Am Arbeitsplatz werden "Komm- und Gehzeiten" mit Karten erfaßt. Es gibt Karten für "Zugangskontrollsysteme", da werden Karten zu Türöffnern; dabei kann ein Computer speichern, wer, wann, welche Tür geöffnet hat. Maschinenlesbare Personalausweise und Reisepässe erlauben die computerisierte Massenkontrolle durch die Polizei. Ab 1. Juli 1991 wird es einen computerlesbaren Sozialversicherungs-Ausweis geben, der beim Arbeitsamt, bei der Krankenkasse, beim Arbeitgeber, Sozialamt usw. vorgelegt werden muß und die Erfassung vereinfachen soll. Scheckkarten für den Geldautomaten und den Kontoauszugsdrucker waren erst der Anfang. Beim Einkaufen soll die Scheckkarte direkt an der Computer-Kasse maschinell gelesen werden, so werden Einkaufsgewohnheiten und Zahlungsfähigkeit der Kunden überprüfbar.

Uns wird bewußt, daß durch die Ausbreitung computerlesbarer Karten immer mehr Daten über das alltägliche Verhalten von Menschen erfaßt werden. Diese Daten können zur Überwachung, Kontrolle und Beeinflussung von Menschen mißbraucht werden. Und nun auch noch eine Art Personalkennkarte zum Telefonieren ? Nein Danke !

Deshalb: Bitte Münzfernsprecher benutzen ! Denn nicht alles was neu ist, ist gut.

Bundesweite Initiative gegen die Computerisierung des Telefonnetzes

---

VAS WIR ÜBER:
★ staatsscutz ★ langzeitbehandlung
★ verhaftung ★ verrat, absprung
★ aussageverweigerung ★ folter

«die bessere kenntnis der situation schafft die bessere möglichkeit, sich dagegen zur wehr zu setzen»

2. ÜBERARBEITETE AUFLAGE

WISSEN SOLLTEN ★

KRIMINALPOLIZ

SEPTEMBER 89

VORBEMERKUNGEN ZUR ZWEITEN AUFLAGE

In der ersten Auflage wollten wir einen Beitrag zur Perfektionierung der Aussageverweigerung leisten. Wir haben damals gesagt, dass der Aufstandsbekämpfung vor der eigentlichen Verhaftung Prioroität zukommt, wir aber die Tätigkeit vor und nach der Verhaftung als eine Einheit begreifen. Die Beschränkung der Texte auf die Zeit nach der Verhaftung hat sich im Nachhinein als zu begrenzt erwiesen. Diese Sichtweise entsprach der damaligen Einschätzung der Aufstandsbekämpfung, es fehlte noch eine umfassende Analyse der Materie aus revolutionärer Sicht, wie sie im Subversion II (1987) erarbeitet wurde.
Indem wir in der zweiten Auflage dem Abschnitt 'Nach der Verhaftung' das neue Kapitel 'Vor der Verhaftung' voranstellen, versuchen wir den Komplex der Aussageerpressung und Isolationsfolter besser zu erfassen.
Aufstandsbekämpfung beinhaltet zwei zentrale Momente: die Eliminierung der revolutionären Kader und ihrer Isolierung von der sozialen Basis. Aufstandsbekämpfung ist ein wichtiges Instrument der Bourgeoisie im Klassenkampf, die je nach objektiven und subjektiven Bedingungen jeweils einen spezifischen Charakter annimmt. In relativ 'demokratischen' Verhältnissen und bei schwacher Entwicklung der revolutionären Kräfte bzw. Kämpfe, tendiert die Aufstandsbekämpfung zur reinen präventiven Konterrevolution. Eine Situation mit der wir uns in der Schweiz auseinander zusetzen haben. Daher haben wir uns auch in der zweiten Auflage mit der 'Arbeit' des Staatsschutzes in der Zeit vor der Verhaftung beschäftigt.

Die Auseinandersetzung mit der Aufstandsbekämpfung politisieren heisst sie als ein historisch gewachsenes Instrument sehen, heisst sie in einem gesamtpolitischen Rahmen analysieren, heisst sie als Teil des Klassenkampfes zu begreifen - als Reaktion der Herrschenden auf das Verhalten der Klasse. So wie wir gesagt haben, dass das Verhalten nach der Verhaftung nicht vom Verhalten vor der Verhaftung zu trennen ist, um das zu unterstreichen auch die Erweiterung das Kapitel über 'Verrat und Abschwörung', stellt auch der Staatsschutz seine Weichen in der Zeit vor der Verhaftung. Die bessere Kenntnis des Staatsschutzes schafft die bessere Möglichkeit schon gar nicht verhaftet zu werden.
Unsere Arbeit zielt also nicht nur auf die Perfektionierung der Aussageverweigerung, sondern auch auf die Verhinderung einer möglichen Verhaftung.
Unsere Motive, das Thema Aussageverweigerung nochmals genau anzugehen und eine Diskussion darüber zu führen, auch mit ausländischen GenossInnen und Genossen die in der Schweiz sind, kommen nach wie vor aus der Diskrepanz, die wir bemerken zwischen der als richtig erkannten Aussageverweigerung, dem Vorsatz diese durchzuziehen und der Realität. Anscheinend genügt es nicht, das Bewusstsein der Verweigerung der Zusammenarbeit mit den Behörden und die Erkenntnis der Richtig- und Nützlichkeit der Aussageverweigerung zu haben.

Noch andere Faktoren spielen eine Rolle. Alles Aussagen die nichts von ihrer Aktualität eingebüsst haben, schauen wir nur mal die Ereignisse nach den Verhaftungen im Zusammenhang mit dem Kampf an der Startbahn West in Frankfurt an.
Sicher gehören die Kenntnisse über den Staatsschutz und insbesondere was einem bei den Bullen und im Knast erwartet, dazu.
Aber sich dem Klassenfeind verweigern, den kleinen Bullen als ausführendes Organ der Herrschenden sehen, ist kein pragmatisches Kalkül, sondern eine Politische Haltung! Und die wird einem nicht einfach angeboren, sondern sie wird innerhalb des täglichen Klassenkampfes erkämpft. Andere sprechen von Proletarisierung.
Das heisst, was bei einem selbst im Knast abläuft, hängt direkt mit politischer Identität, kollektiver Entwicklungs- und Formierungsprozessen und organisierter revolutionärer Perspektive zusammen, bzw. wenn das nicht vorhanden ist, haben es die Bullen in der Regel so oder so leichter.
Sehr wesentlich ist eine offene Debatte unter Genossen und Genossinnen über das Thema der Aussagererpressung und die Techniken der Konterrevolution vor der Verhaftung. Fehler, die widerholt schon gemacht wurden, passieren eben auch deshalb immer wieder, weil keine konstruktive Diskussionen darüber geführt werden und Erfahrungen, wenn überhaupt, dann nur bruchstückhaft weitervermittelt werden.
Eine zusätzliche Schwierigkeit liegt darin, dass eine Verhaftung immer ein 'Ernstfall' ist, also das korrekte Verhalten nicht durch eigene praktische Erfahrung langsam erarbeitet werden kann, auch vor der Verhaftung oft ein Fehler genugt!

Aussageverweigerung aus einem politischen Bewusstsein heraus erschwert also die Isolierung der politischen Widerstandsbewegung von der Klasse bzw der organisierten Strukturen von der sozialen Basis; erschwert die Erfassung und Zerschlagung der revolutionaren Strukturen; verhindert eine Verurteilung und ermöglicht die Weiterführung des revolutionären Kampfes, festigt die politische Identitat der politischen Gefangenen und fördert den Kampf draussen; und sie verhindert die Suche nach ersten Ansatzpunkte für das Abschwörprogramm.
Diskutiert eure Erfahrungen, vermittelt sie weiter, debatiert über die Doku, beobachtet und analysiert den Staatsschutz, lernt aus den Fehlern, organisiert euch ! Alles das im Dienste der revolutionären Perspektive!

BESTELLEN:
Postfach 853,CH-8025 Zürich

BEZUG:
PINKUS Buchhandlung
Froschaugasse 7, CH-8001 Zürich
Preis: Fr. 20.--

TERMINE:

Donnerstag 12.7.

19.30 **Antifa-Kundgebung**
gegn eine Podiumsdiskussion der VL/NL etc. mit leitenden Bullen und einem NA-Vertreter Vor der der Akademie der Künte (Ostberlin)

20.00 **VV zum Intrnationalen Camp für Lesben und andere Frauen**
im Vresammlungsraum im Mehringhof;zum Vresammlungsraum gibt es einen Aufzug

Samstag 14.7.

15.00 **Veranstaltung des Bildungswerks für Demkratie und Umweltschutz &Antifa Gruppe im Krümel**
Film"The Wall" und Vortrag anhand des Filmes über "Männerphantasien und den Weg zum Faschismus"

19.00 **Diskussionsveranstaltung:Nach dem Zusammenbruch des Staatskapitalismus/Stalinismus.**
Die Wiederaneignung der Grundlagen kommunistischer Politik und die aktuelle Verschlechterung der Lebensbedingungen organisieren im Jugendclub Alt Buch 2,Ostberl.

Sonntag 15.7.

16.00-19.00 **Kiezcafe zum 2. Internationalen Camp für lesben und andere Frauen**
im Fakeladen, Fakensteinstr. 46
Der laden ist ebenerdig und mit Stufen

Montag 16.7.

17.00 **Taxista-Männerplenum zu anfahren von Clubs,Prostitution..**

19.00 **Taxista-Gesamtplenum zu Taxi-fahrerInnen-Arbeitsbedingungen**
im Blauen Salon, Mehringhof

Mittwoch 18.7.

17.00 **1. Stadtweites Antifa-Koordinierungstreffen aller studentischen Antifas und _Gruppen aus Ost&West**

Antifa-Demo in Wunsiedel. Am selben Tag findet auch ein Fascho-Aufmarsch statt.

Freitag 23.7.

ab20.00 **Neuköllner Jugend Kietsschdisco hiphopreggaepunklärm**
im Krümelladen, Wserstraße 155/156, 1/44

21.00 **QQQQ-Fest**
Steps, Großbeerenstraße 64

Veranstalter/innen: A-Plenium, Antifa Lörrach, Jugendkulturinitiative Schopfhei Lörrach, Infostockwerk Lörrach, Antifa Karlsruhe, Infoläden Stuttgart, Heilbronn, Freiburg, Jojo, Spaß aus Speyer, Cafe Irrlicht, Frauenplenum

Woodrock Open Air 13. - 15. Juli 1990
Kunst und Widerstand

Freitag 13. Juli
ab 18 Uhr
- Terminal Joke
- Kings and Loosers
- Parish Garden

Samstag 14. Juli
ab 12 Uhr
- Kinder- und Kulturprogramm, politische Veranstaltungen

ab 18 Uhr
- Bumerang
- Vogelsang
- Frog Sandwich

Sonntag 15. Juli
ab 12 Uhr
- Kinder- und Kulturprogramm, politische Veranstaltungen

ab 18 Uhr
- Eugen de Ryck & The Funky Nude Trash Party Police
- The Momes
- Anitas Livs

Eintritt:
Fr. DM 8,-, Sa./So. DM 12,-, Festivalkarte DM 25,-
Das Festival findet bei jedem Wetter statt

Schopfheim/Südschwarzwald im Sengelewäldcher

AntiFa-Happening in der HdK vom 17.-20.07.90

Form der Veranstaltung

Diese Veranstaltung soll die Auseinandersetzung über den Faschismus und seinen Bedingungen forcieren. Der Schwerpunkt liegt nicht auf einer verbal-rhetorischen Weise, sondern auf anderen Formen der Auseinandersetzung Ansatz dieser Veranstaltung ist es nicht, mal wieder einen neuen Rahmen für die Selbstpräsentation zu bieten, sondern die verschiedenen Formen neben- und miteinander zur Entfaltung zu bringen.

Teilnehmende Menschen

Die Teilnahme ist für alle Menschen offen, die zu diesem Thema arbeiten.

a) AntiFa-Gruppen und -Initiativen sowie andere Gruppen und Initiativen, die schon zu diesem Themenkomplex arbeiten

b) die anpolitisierte Öffentlichkeit, die die Diskussion bisher nur im privaten Zirkel betreibt

c) StudentInnen

Ziele dieser Veranstaltung

- Information und Aufklärung über die Aktualitäten und Entwicklungen
- Forum des Austausches zwischen AntiFa-Gruppen und -Initiativen sowie der sog. anpolitisierten Öffentlichkeit und den StudentInnen
- Motivierung dieser Öffentlichkeit zur Aktivität auf die präsentierten vielfältigen Formen der Auseinandersetzung und des Widerstandes
- Politisierung der studentischen und nicht-studentischen Öffentlichkeit
- Auftreten gegen das Prinzip des "Wir-haben-nichts-gewußt"-Lebens

ALLE VERANSTALTUNGEN FINDEN IM HAUPTGEBÄUDE der HdK, Hardenbergstr.33, 1/12 STATT!!!

DIENSTAG, 17.07.90

12.15 Ha 310

Seminar: Struktur, Organisation und Arbeit von Skinheads am Beispiel Englands (Referent von 'Searchlight',GB)

'Searchlight' ist eine internationale antifaschistische Organisation mit Hauptsitz in London, die auch das gleichnamige Magazin herausgibt. 'Searchlight' hat Verbindungsbüros in vielen Teilen der Welt und bezieht ihre genauen Informationen oft auch durch verdeckte MitarbeiterInnen bei faschistischen Gruppen.

17.00 Ha 158

Podiumsdiskussion: Parallelen der Situation der HdK und der Künste 1932/33 und heute. Gibt es sie, wenn ja, welche sind es ?

Teilnehmer: Prof.Dr. Hans-E. Mittig/Kunsthistoriker; Prof.Dr. Wolfgang Ruppert/Kultur- und Designtheoretiker; Axel Preuschoff/Erziehungswissenschaftler)

20.00 Ha 110

Widerstandsplenum: Nach der Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation bestimmt jetzt mehr die Frage nach Form und Inhalt der Arbeit und des Widerstandes die Diskussion in den verschiedensten Gruppen. Um eine Beantwortung dieser Frage und um den Austausch der AntiFa-Gruppen und von Einzelpersonen soll es hierbei hauptsächlich gehen.
Eine freie Diskussion.

MITTWOCH; 18.07.90

12.00 Ha 158

Vortrag: Internationale Vernetzung von Rechtsradikalen, Neonazis und Faschisten (Referent von 'Serchlight')

14.00 Ha 310

KünstlerInnengespräche am FB 1:

Vortrag: Thema: N.N.

(Jochen Gerts, Kunstler, Paris)

17.00 Ha 158

Filmvorführung, Referat, Diskussion

Faszination und Auswirkungen von Gewaltfilmen

(Projektgruppe am FB 5/ HdK)

1. Filmvorführung von Rambo III - ein Selbstversuch über 90min
2. Erläuterndes Kurzreferat der ProjektteilnehmerInnen
3. Diskussion

In den Medien Film, Fernsehen und Video steigt die Produktion von simplen Gewalt- und Horrorfilmen. Diese weisen neben rassistischen sexistischen und nationalistischen Inhalten auch Strukturen auf, die einfache Muster der Unterscheidung von Gut und Böse implizieren. nach intellektueller Analyse und darauffolgender Tabuisierung soll hier auch der Schritt weitergemacht und gezeigt werden, daß auch eine gewisse Faszination von vielen ausgeht, der sich kaum jemand zu entziehen vermag.

20.00 Ruinengarten

Theateraufführung: "Wehrt Euch" - Ein Schauspiel aus dem heutigen Widerstand

Wir, die Theatergruppe "Wehrt Euch", sind Menschen aus Aachen, die selbst mitten im Widerstand stehen. das Stück ist entstanden aus jahrelanger Erfahrung in der AKW nee- sowie Friedensbewegung, als auch in der HausbesetzerInnenzeit und in ähnlichen Zusammenhängen. Gegen alle Frustrationen und Untergangsszenarien wollen wir hier szenisch Fehler und Verbesserungsmöglichkeiten des Widerstandes aufzeigen. Kämpft weiter, nur Mut!

DONNERSTAG, 19.07.90

12.00 Ha 158

Ton-Dia-Schau: "Der Ort Prinz-Albrecht-Straße 8"

(von Annette Jünger und Uli Weber)

1. Touristen benutzen das Gelände
2. Biografie des Architekten Georg Elser, der 1939 dort von der SA und SS gefoltert wurde
3. "Die Arena" - Kurzgeschichte von Franz Fühmann - Erfahrungen und Auseinandersetzung mit dem Faschismus

15.00 Ha 158

Video: "Die letzten in der Schlange" - verschiedene Beiträge zur AusländerInnenfeindlichkeit (von StudentInnen des FB 5/ HdK)

1. "Angola-Dahme hin und zurück"
   Arbeits- und Lebenssituation von AngolanerInnen in der Provinz
2. "Ohne Titel"
   Zustandsbeschreibung von Roma & Cinti, die schon länger in der BRD leben sowie Reaktionen von MitbürgerInnen auf sie
3. "Ohne Titel"
   Wohn- und Lebenssituation von VietnamesInnen in Ostberlin
4. "Die letzten in der Schlange I"
   Was Passiert einem Philippino als 'Letztem' in einer Schlange am Alex
5. "Ich will mein Haus in Ordnung haben"
   Wilmersdorfer Straße und Alex - Hintergründe zur Situation der RumänInnen sowie Kommentare 'deutscher' MitbürgerInnen

19.00 Ha 158

Filmevorführung und -diskussion:

"Der bebilderte Krieg"

"Schuß-Gegenschuß"
Regie: Niels Bolbrinker
Thomas Tielsch
35 mm, schwarz-weiß
92 Minuten

"Mein Krieg"
Regie: Harriet Eder
Thomas Kufus
16 mm, sw und Farbe
90 Minuten

Zwei Filme über Mäner, die an der Front des 2.Weltkriegs gefilmt haben; die einen professionelle Kriegsberichterstatter, die anderen Soldaten, die 'ihren' Krieg dokumentierten. Die unterschiedlichen Annäherungen an das Thema bieten Grundlage für eine Diskussion über den Schauplatz Krieg und den Krieg als Filmschauplatz. **Die Regisseure werden anwesend sein!**

FREITAG, 20.07.90

20.00 Foyer

Abschlußveranstaltung:

Konzert und Party

Es spielen: SHL (Schneller,Härter,Lauter)

Botsuana Errrror

Bad Little Dynamos

EINTRITT: 5 DM